Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 73. **Sonnabend, den 18. Juni 1932.** **35. Jahrg.**

Erklärung der Gläubigermächte in Lausanne

Aufschub der Zahlungen bis Konferenzende — Deutschland begründet sein „Nein!"

Vorgefechte in Lausanne.

Keine Tributzahlung während der Konferenz.

In einer plötzlich einberufenen öffentlichen Sitzung der Vollkonferenz in Lausanne teilte Macdonald mit, daß in letzter Stunde eine Einigung zwischen den Mächten über eine vorläufige Regelung der Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz zustandegekommen sei. Die Erklärung Macdonalds hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Regierungen, tief durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, sowie von der Dringlichkeit der Probleme, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tief überzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß — um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen — die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden, während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden. Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen.

Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unterzeichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechend dieser Regelung zu handeln; sie ersuchen die übrigen Gläubigerregierungen, die gleiche Haltung einzunehmen."

Die Erklärung ist unterzeichnet von England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan.

Reichskanzler von Papen

gab darauf folgende Erklärung ab: „Ich habe von der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten Macdonald mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der diese Erklärung entsprungen ist, wohl zu würdigen.

Diese Erklärung ist ein sichtbarer Beweis für den besten Willen der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen, die die heutige Lage erfordert. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den hier vertretenen Völkern und der Weltöffentlichkeit im gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnungen enttäuscht würden."

*

In einer ersten Meldung aus Lausanne war eine Fassung der Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald berichtet worden, die von einer „unbefristeten Verlängerung des Hoover-Moratoriums" sprach. Diese sehr weitgehende Mitteilung wurde dann durch das Bekanntwerden des Wortlauts der Erklärung Macdonalds bedeutend zurückgebremst auf ihre tatsächlich eingeschränktere Bedeutung, die auch durch die Erklärung des Reichskanzlers unterstrichen wird. Der Aufschub der deutschen Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz bedeutet eigentlich eine gewisse Selbstverständlichkeit, denn für die Verhandlungen mußte als Basis ein gewisser feststehender Zustand angenommen werden. Die Verhandlungsgrundlage mußte sich aber ständig verschieben durch während der Dauer der Lausanner Konferenz erfolgende Zahlung oder wahrscheinlich Nichtzahlung fälliger Schuldenraten. Der Aufschub soll, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, nicht nur für die Dauer der Lausanner Vollkonferenz gelten, sondern auch für die Zeit, in der eventuell eingesetzte Ausschüsse weiterarbeiten, um gegebenenfalls vorbereitendes Material zu beschaffen für die dann in Aussicht genommene große Weltkrisenkonferenz, die unter Beitritt von Amerika in London stattfinden soll.

Die Bedeutung der Erklärung Macdonalds liegt vor allem, wie es auch der Reichskanzler betont, in der Kundgebung der Gläubigermächte, daß sie den besten Willen haben, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen. Dieser Wille, wenn er wirklich auf allen Seiten aufrichtig ist, deckt sich mit den von der Reichsregierung für ihre Bestrebungen aufgestellten Grundsätzen.

*

Der Reichskanzler spricht.

Reichskanzler von Papen legte in der geheimen Vollsitzung der Tributkonferenz in einer großen, allgemein mit Spannung erwarteten Rede den Standpunkt der deutschen Regierung zur Tributfrage dar. Der Reichskanzler ging zunächst kurz auf die Bemerkungen ein, die der englische Ministerpräsident Macdonald in seiner Eröffnungsrede hinsichtlich der bestehenden Abmachungen gemacht hatte. Er erklärte, daß es sich auf dieser Konferenz nicht darum handele, die Reparationsfrage unter juristischen Gesichtspunkten zu erörtern. Es bedürfe daher nicht der Feststellung und werde auch von niemandem geleugnet, daß die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet worden seien. Es komme jetzt allein darauf an, die heute gegebenen Tatsachen ins Auge zu fassen und die unabweisbaren Folgerungen daraus zu ziehen.

Der Reichskanzler behandelte sodann die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Jahre 1929, der Zeit der Aufstellung des Young-Planes. Er schilderte den Sturz aus dem blühenden Optimismus von damals in den

Pessimismus und die Verzweiflung von heute.

Nichts von den damaligen Verheißungen habe sich erfüllt. Durch die Arbeitslosigkeit seien gerade in den stärker industrialisierten Ländern soziale Spannungen erzeugt worden, die zu einer immer größeren Gefahr für die Weltordnung und die kulturellen Errungenschaften eines Jahrtausends geworden seien.

Eine Anzahl von Staaten habe sich schon gezwungen gesehen, die Zahlungen nach dem Auslande einzustellen. Das sei eine ernste Mahnung, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß nicht große Länder in die gleiche Lage kämen, wodurch die Weltkrise eine unübersichtliche Erschwerung erfahren würde.

Die jetzige Krise des Güteraustausches sei überdeckt von einer zweiten Krise, nämlich von einer

Kreditkrise von nie gekannter Ausdehnung.

Ihre wichtigste Ursache liege in der internationalen, öffentlichen Verschuldung und in den wirtschaftswidrigen, politischen Zahlungen. Die Krise des Güteraustausches könne nicht überwunden werden, wenn nicht die Krise des Kredits überwunden werde, und diese könne wiederum nicht überwunden werden, wenn nicht ihre besonderen Ursachen radikal beseitigt würden. Im Anschluß an diese Darlegungen über die allgemeine Weltkrise ging der Reichskanzler ausführlich auf

die Lage in Deutschland

ein. Die Arbeitslosigkeit sei in Deutschland größer als in irgendeinem anderen Lande, und besonders verhängnisvoll sei dabei, daß ein immer größerer Teil der heranwachsenden Jugend keine Hoffnung habe, zu Arbeit und Verdienst zu kommen. Verzweiflung und politische Radikalisierung seien die Folge. Der Reichskanzler wandte sich dann den Einzelheiten des Reparationsproblems zu. Er kritisierte, daß

die Atempause, die Präsident Hoover

seinerzeit mit seiner Aktion beabsichtigt habe, ungenützt verstrichen sei, und daß man die dringenden Empfehlungen der Sachverständigenausschüsse bis jetzt unbeachtet gelassen habe. Die Auslandsverschuldung Deutschlands mit ihren hohen Zinsen sei zum weitaus größten Teil auf die Substanzübertragung und Kapitalentziehung zurückzuführen, die sich aus den bisherigen Reparationsleistungen ergaben. So habe der beratende Sonderausschuß festgestellt, daß von den 18 Milliarden Mark, die Deutschland nach der Stabilisierung der Mark vom Auslande entliehen habe, mehr als 10 Milliarden allein

durch die baren Reparationszahlungen wieder ins Ausland zurückgeflossen

seien. Die Höhe der bisherigen deutschen Leistungen müsse nach ihrem wirklichen Wert veranschlagt werden, nicht nach dem Empfangswert, den sie für die empfangenden Länder gehabt haben.

Das Angebot von Gütern im Werte von Milliarden habe natürlich zu einer unwirtschaftlichen Verwendung im Empfangslande geführt, so daß der Nutzen des Empfanges viel kleiner gewesen sei als die Höhe des Verlustes für Deutschland. Hier liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationssystems. Wenn man den Wert der deutschen Reparationsleistungen nach ihrem wirklichen Wert veranschlage, so komme man zu unvorstellbar großen Zahlen.

Es sei eine völlig irrige Auffassung, daß Deutschland zu einem übermächtigen Konkurrenten für andere Länder werden würde, wenn es von seinen politischen Schulden befreit würde.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Die Erfahrungen der letzten Jahre können nur dahin zusammengefaßt werden: Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schädlich erwiesen. Diese Erfahrungen schließen die Möglichkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu machen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg wie die bisherigen Versuche führen müßte. Die Reparationen waren ursprünglich für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen hat ihre Wirkung sich in das Gegenteil verkehrt.

Siebauen nicht auf, sondern sie zerstören.

Das zwingendste Gebot der Stunde ist, den Blick von der Vergangenheit auf die Zukunft zu richten. Die Stunde des Handelns ist gekommen. Deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen, um dem deutschen Volke überhaupt die Lebensgrundlage zu sichern. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempausen, der Vertagungen, ist endgültig vorbei. Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden. Ich sehe die große historische Aufgabe dieser Konferenz darin, aus dem verhängnisvollen Circulus vitiosus der Vergangenheit endgültig herauszukommen und so den Weg für eine bessere Zusammenarbeit freizumachen, die uns alle einer besseren Zukunft entgegenführen kann."

Frankreich besteht auf Tributen.

Der französische Ministerpräsident Herriot

gab in Erwiderung auf die Rede des deutschen Reichskanzlers eine Erklärung ab, in der er ausführte: Die französische Regierung hat die Pflicht, ihre eigenen Interessen zu vertreten, will jedoch durchaus dem deutschen Volk zu verstehen geben, daß sie im allgemeinen Interesse und des gemeinsamen Friedens handele. Die französische Regierung nehme mit Befriedigung von der Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald über die Achtung der Verträge Kenntnis, die allein die Grundlage der internationalen Moral und der kommenden Zeiten bilden könne.

Der Baseler Sachverständigenbericht

müsse für die Konferenz Gesetz und allgemeine Regel sein. Die französische Regierung nehme die Schlußfolgerung des Berichtes an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands im weiten Umfange die Ursache der wachsenden Lähmung der Kredite in der Welt sei und daß ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen notwendig sei. Die französische Regierung stelle fest, daß die Lausanner Konferenz bereits den Grundsatz der „universellen Regelung" angenommen habe und Europa nicht allein vorgehen könne.

Der Baseler Sachverständigenbericht besage, daß Deutschland bestimmt eines Tages sein wirtschaftliches Gleichgewicht wieder finden werde. Aus diesem Grunde könne für eine dauerhafte Regelung weder von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Wohlstandes, noch von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Daniederliegens ausgegangen werden.

Nach Auffassung der französischen Regierung sei das Reparationsproblem nicht lediglich eine deutsch-französische Frage. Die Streichung der Reparationen würde zahlreiche Länder treffen. Das Reparationsproblem werfe das Gesamtproblem der europäischen Wirtschaft auf. Deutschland könne allein zweifellos nicht der allgemeinen Krise widerstehen. Notwendig sei die allgemeine Wiederherstellung Europas. Frankreich fordere jetzt nur einen allgemeinen Plan, ohne den seinigen aufdrängen zu wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0001

Die vollständige Streichung der Reparationen

stelle keine wirksame und gerechte Lösung der in Lausanne zur Frage stehenden Probleme dar. Die Schulden und Reparationen bedeuteten nur eine Ursache der europäischen und der Weltunruhe, die nicht durch Übertragung der Lasten von einem Land auf das andere überwunden werden könne.

Es gebe keinen Wirtschaftsfrieden ohne politischen Frieden und umgekehrt. Dieser Gesichtspunkt müsse die Arbeit der Konferenz leiten. Die französische Regierung stellt daher im Sinne der Sachverständigen fest, daß die notwendige Regelung weit über das allgemeine „Problem Deutschland" hinausgehe.

England bedingt bereit.

Der englische Schatzkanzler Chamberlain

verlas sodann eine Erklärung, nach der die englische Regierung eine endgültige Regelung der gesamten Reparationen fordere und bereit sei, von sich aus auf alle weiteren Reparationszahlungen Deutschlands zu verzichten, falls auch sämtliche übrigen Mächte das gleiche täten. Ein derartiger Verzicht bedeute für England ein großes finanzielles Opfer, das jedoch die englische Regierung im Interesse des Wiederaufbaues der Welt zu bringen bereit sei. Diese Auffassung werde von der ganzen englischen Nation, von der Regierung und dem Parlament und der Opposition einmütig vertreten.

Italien für Streichung.

Der nächste Redner war der italienische Finanzminister Mosconi. Die Stellungnahme Italiens zur Tributfrage brachte er nicht erneut zum Ausdruck, sondern berief sich auf die alten italienischen Erklärungen, an denen Italien festhalte.

Diese gehen bekanntlich auf eine vollständige Streichung bei gleichzeitig zu bildender Einheitsfront gegen über den Vereinigten Staaten.

Aus seiner Rede ist noch ein Satz erwähnenswert, in dem es heißt:

Es müssen die wirtschaftlich auch die Mean anstrebt, derart sein, daß sie keinem Lande besondere Vorteile bringen zum Schaden anderer Länder.

Amerika zu Zahlungserleichterungen bereit.

Eine Geste des Präsidenten Hoover.

Präsident Hoover hat auf die Nachricht über das Fünfmächteabkommen in Lausanne hin, das eine vorläufige Einstellung der Zahlungen aus den politischen Schuldenabkommen und den Reparationsabmachungen vorsieht, den Führern der europäischen Mächte die Mitteilung zukommen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gewillt sei, auch ihrerseits mit den europäischen Schuldnermächten Verhandlungen über Zahlungserleichterungen aufzunehmen, falls die europäischen Länder untereinander eine annehmbare Reparationsregelung erzielen sollten.

England will Tribute und Abrüstung verkoppeln.

Die sachlichen Beratungen der Tributkonferenz haben mit einer Reihe privater Besprechungen begonnen. Der englische Außenminister Simon begibt sich nach Genf, um mit dem amerikanischen Botschafter Gibson und dem Generalsekretär des Völkerbundes zu verhandeln.

Diese Reise soll eine unmittelbare sachliche Verbindung zwischen Tribut- und Abrüstungsverhandlungen herstellen.

In englischen Kreisen sucht man jetzt die Zustimmung der amerikanischen Regierung für die englischen Pläne zur Lösung der Abrüstungsfrage zu gewinnen, um sodann in Lausanne eine gesamte Regelung sowohl für die Tributals auch für die Abrüstungsfragen zu finden. Auf deutscher Seite ist dies bisher stets abgelehnt worden, da nur eine getrennte Behandlung der Tribut- und der Abrüstungsfrage zu sachlichem Erfolge führen kann. Ferner lehnt man auf deutscher Seite nach wie vor ab, einseitig auf Kosten des grundsätzlichen deutschen Abrüstungsstandpunktes hier eine Annahme der englischen Kompromißvorschläge zuzulassen.

Periodische Verständigungskonferenzen.

Der englische Sicherheitsvorschlag.

Der Sicherheitsvorschlag der englischen Regierung, durch den eine gleichzeitige Lösung des Abrüstungs- und des Reparationsproblems ermöglicht werden soll, ist in den letzten Unterredungen zwischen den Ministern eingehend erörtert worden. Die englische Regierung strebt eine Art von den Hauptmächten in Lausanne abzuschließende feierliche Erklärung an, nach der die Mächte übereinkommen, ihre bisherigen Streitigkeiten den allgemeinen Interessen unterzuordnen, sich von allen Handlungen zu enthalten, die die bisherigen Streitigkeiten wieder aufleben lassen könnten oder die bestehenden Vereinbarungen in das Gebiet unmittelbarer Meinungsverschiedenheiten bringen könnte.

Ferner sollen die Mächte sich verpflichten, auf alle Handlungen zu verzichten, die die guten Beziehungen zwischen den Staaten trüben könnten.

Da die gegenwärtige Wirtschaftskrise bereits zu einem fortgesetzten und freundschaftlichen Meinungsaustausch zwischen den Mächten geführt habe, sollen die Mächte, um diese „Verständigung" zu stärken, diesem persönlichen Meinungsaustausch eine noch größere und methodischere Entwicklung geben. Zu diesem Zweck sollen sie vereinbaren, sich innerhalb bestimmter wiederkehrender Zeiträume zu einem direkten Gedankenaustausch über alle bedeutungsvollen Fragen zu treffen.

Der Vorschlag einer regelmäßigen Zusammenkunft zwischen den Mächten zur Behandlung aller bedeutungsvollen Fragen dürfte für Deutschland durchaus annehmbar erscheinen und als zweckmäßig angesehen werden, weil sich damit für Deutschland eine neue Möglichkeit bietet, die dringendsten deutschen Sorgen und Fragen international zur Verhandlung zu bringen.

Das Uniform- und SA.-Verbot

Der Widerstand der süddeutschen Länder.

Während die norddeutschen Länder, auch Sachsen und Hessen, die in der Notverordnung der Reichsregierung bestimmten Lockerungen der politischen Beschränkungen durchführen wollen, erklären die süddeutschen Staaten Bayern und Baden an einer Sonderregelung festhalten zu wollen. Württemberg hat allerdings zugesagt, daß es die Aufhebung des Uniformverbotes mitmache, aber das Demonstrationsverbot will Württemberg beibehalten. Anders liegen die Dinge in Bayern und Baden. Um hier die Vorgänge voll zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß in Bayern die Bayerische Volkspartei herrscht, die auf dem Boden des Zentrums steht, und daß in Baden sich Zentrum und Sozialdemokratie in die Macht teilen. In beiden Ländern stehen also die Regierungen parteipolitisch gesehen in scharfer Opposition zur jetzigen Reichsregierung. Beide Länder erklären, daß sie an dem Uniformverbot festhalten. Baden hat sofort für sein Gebiet ein allgemeines Uniformverbot erlassen. Bayern hat den Krach mit den uniformierten, nationalsozialistischen Abgeordneten im Landtag zum Anlaß genommen, das Uniformverbot zu verlängern. Beide Regierungen halten natürlich auch am Demonstrationsverbot fest, was übrigens auch die meisten anderen Länder tun. Diese Demonstrationsverbote sind in den Ländern auf Grund der Reichsverfassung ergangen und werden von der jetzigen Notverordnung nicht berührt. Bezüglich des aufgehobenen Uniformverbotes steht die Reichsregierung vorerst auf dem Standpunkt, daß nach Aufhebung des Verbots durch die Notverordnung keine reichsrechtliche Regelung mehr bestehe, die Länder hätten also freie Hand, ihrerseits in diesem Punkt zu tun, was sie zur Sicherung der Ordnung für notwendig halten. Die Reichsregierung ist bestrebt, in keiner Weise in die Polizeihoheit der Länder einzugreifen. Bayern und Baden werden natürlich auch der Wiederaufstellung der nationalsozialistischen SA.-Formationen Widerstände entgegensetzen. Die Nationalsozialistische Partei hat sich auch schon an das Reich gewendet und ein Einschreiten der Reichsregierung gefordert. Wie nun der Streit beigelegt wird, ist noch nicht abzusehen. Die Reichsregierung wird und muß natürlich alles versuchen, um eine Verschärfung des Konfliktes zwischen Nord und Süd zu vermeiden. Sie will zunächst einmal genau prüfen, auf Grund welcher landesrechtlicher Bestimmungen die beiden Länder ihre Anordnungen erlassen haben. Von dem Ergebnis dieser Prüfung werden die weiteren Maßnahmen abhängen.

Uniformverbot in Bayern.

Die Tumulte im Bayerischen Landtag, die durch das Auftreten der NSDAP.-Abgeordneten in Uniform entstanden, hat die bayerische Regierung zum Anlaß genommen, das Tragen von Parteiuniformen weiterhin zu verbieten.

In der amtlichen Erklärung heißt es:

Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslebens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiuniformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

Die gesetzliche Grundlage für das bayerische Uniformverbot.

Das bayerische Gesamtministerium hat durch eine Verordnung dem Polizeistrafgesetzbuch einen neuen Artikel angefügt, wonach zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die staatlichen Polizeibehörden Anordnungen mit vorübergehender Geltung erlassen können.

Auf Grund dieser neuen Bestimmung hat das Ministerium des Innern mit sofortiger Wirksamkeit das Tragen einheitlicher Partei- oder Bundeskleidung bis zum 30. September verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Haft bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Die Regierung wird die erlassene Verordnung zur Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches möglichst bald zu einem vom Landtag beschlossenen Gesetz umwandeln laren. Eine entsprechende Gesetzesvorlage werde dem Landtag zugehen. Der Verfassungsausschuß des Landtages werde sich schon am Dienstag mit der Vorlage befassen.

Erlasse an die SA. und SS.

Kundgebungen Hitlers und Röhms.

Adolf Hitler hat zum Wiedererstehen der SA.-Leitung folgenden Erlaß bekanntgegeben:

„Ich ordne hiermit die Neuerrichtung der SA. an und beauftrage damit den Chef des Stabes, Ernst Röhm. Die Gruppenführer der SA. bestätige ich vorläufig in ihren Dienststellen und in den Dienstbereichen, für die sie vor der Auflösung der SA. ergangen waren. Die SS. wird von Reichsführer Himmler neu aufgestellt. Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA. gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen. Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes."

Der Chef des Stabes der SA., Röhm, erläßt einen Aufruf, in dem er u. a. mitteilt, daß er durch das Vertrauen Adolf Hitlers wieder als Chef des Stabes berufen und mit der Neuaufstellung der SA.- und SS.-Gliederungen beauftragt worden sei.

Auch der Reichsführer der SS., Himmler, gibt in einem Aufruf seine Wiederbetrauung bekannt und ruft den Leuten der Schutzstaffeln zu: „SS.-Mann, Deine Ehre heißt Treue!"

Weiter erläßt der Chef des Kraftfahrwesens der SA. und stellvertretende Korpsführer, Hühnlein, einen Aufruf, worin das nationalsozialistische Kraftfahrkorps und die Motorstürme und Staffeln der SA. und SS. zu neuem Einsatz aufgefordert werden. Endlich erläßt noch der Reichsjugendführer Baldur von Schirach einen Aufruf an die Hitlerjugend, worin es heißt: „Das Verbot der Hitlerjugend ist gefallen, weil es unmöglich war, den Geist dieser Jugend zu verbieten."

Lausanner Vollsitzung am Dienstag.

In der geheimen Nachmittagssitzung der Konferenz gaben die Vertreter von Belgien, Japan, Rumänien, Südslawien und Australien Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Reparationsfrage ab, die im allgemeinen die bekannten Auffassungen der einzelnen Länder wiedergeben.

Ohne weitere Aussprache wurden sodann die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Die sechs einladenden Großmächte treten am Montag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Die Zeit bis zu der nächsten Vollsitzung am Dienstag soll ausschließlich den privaten Verhandlungen zwischen den Ministern gewidmet sein. Reichskanzler von Papen und der französische Ministerpräsident Herriot empfangen abends die Weltpresse.

*

Von Papen vor der internationalen Presse.

Reichskanzler von Papen hat vor Vertretern der internationalen Presse eine Erklärung abgegeben, in der er u. a. die Erklärung Macdonalds in seiner Eröffnungsrede unterstrich, daß alle Mächte der feste Wille beseele, auf dieser Konferenz

zu einem Erfolg zu gelangen.

Die deutsche Regierung teile die Auffassung Macdonalds, daß die Reparationsfrage nur eine Teilfrage der Weltkrise darstelle, und daß heute niemand mehr allein das Elend und die Not der Gegenwart überwinden könne. Es sei heute nicht mehr möglich, die Völker noch länger durch ewige Verhandlungsbeschlüsse und schleppende Verhandlungen hinzuhalten.

Kurze politische Nachrichten.

Nach dem Ausweis der Reichsbank hat sich in der zweiten Juniwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 74,6 Millionen auf 3456,8 Millionen Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 77,5 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 28,3 Millionen auf 958,2 Millionen Mark vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,1 Prozent gegen 25,4 Prozent in der Vorwoche.

Sturm im Bayerischen Landtag.

Ausschluß der gesamten nationalsozialistischen Fraktion.

Im Bayerischen Landtag ist es zu stürmischen Auftritten gekommen. Da die nationalsozialistischen Abgeordneten im braunen Hemd mit Parteibinde erschienen waren, gab Präsident Stang eine Erklärung ab, wonach am 6. Juni 1930 Landtagsmitglieder ebenfalls den Saal in Parteiuniform betreten hätten. Das Haus habe damals seinen Standpunkt gebilligt, daß das Auftreten in der Uniform einer Partei oder eines politischen Verbandes einen demonstrativen und provokatorischen Charakter habe. Er habe damals unter Billigung des Hauses gefordert, daß in Zukunft das Auftreten in Uniform zu unterbleiben habe. Die Erklärung wurde immer wieder

durch stürmische Zurufe der Nationalsozialisten unterbrochen.

Der Präsident erklärte weiter, Demonstrationen und Provokationen seien heute genau so wenig wie damals am Platze und bildeten eine schwere Störung des Hauses. Er schließe deshalb auf Grund der Geschäftsordnung folgende Mitglieder von der Sitzung aus. Als der Präsident hierauf die Namen sämtlicher Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion verlesen wollte, trat der nationalsozialistische Abgeordnete Esser auf das Rednerpodium und rief in den Saal:

„Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!"

Die Nationalsozialisten stimmten in den Ruf ein. Hierauf rief Esser: „Der Regierung Held ein dreifaches Nieder!" Auch in diesen Ruf stimmten die Nationalsozialisten dreimal ein. Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung. Die Nationalsozialisten stimmten das Horst-Wessel-Lied an, während die Abgeordneten der übrigen Fraktionen den Saal verließen. Da sich auch ein Teil der Tribünenbesucher an den Heil- und Nieder-Rufen und an dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes beteiligte, ließ der Präsident die Landtagstribünen räumen. Der Präsident berief sofort den Ältestenrat zusammen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung waren die Nationalsozialisten größtenteils in Zivilkleidung erschienen. Präsident Stang erklärte, er habe sämtliche Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion, die in Uniform erschienen waren, von der Sitzung ausgeschlossen. Dieser Aufforderung sei keine Folge geleistet worden. Er schließe deshalb sämtliche Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion auf acht Tage von den Sitzungen aus. Diese Erklärung des Präsidenten rief neuerdings großen Lärm und stürmische Pfuirufe bei den Nationalsozialisten hervor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0002

Die Sitzung mußte erneut unterbrochen werden. Da die Nationalsozialisten sich weigerten, den Landtagssaal zu verlassen, erschienen

Kriminalbeamte und grüne Polizei im Saal.

Die sämtlichen nationalsozialistischen Abgeordneten wurden von den Kriminalbeamten einzeln aus dem Saal geführt, wobei es wieder zu stürmischen Zwischenrufen kam. Der Abgeordnete Schwede setzte seiner Wegführung Widerstand entgegen, er wurde schließlich von einigen Kriminalbeamten aus dem Saal geschoben.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Präsident mit, daß nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung die nationalsozialistischen Landtagsmitglieder nunmehr auf zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen seien. Die Tribünen blieben bei den Verhandlungen geräumt.

Gegen politische Ausschreitungen.

Eine neue Notverordnung.

Eine neue Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen tritt an die Stelle der sieben bisherigen Verordnungen, die das sogenannte Ausschreitungsrecht regelten. Diese Verordnungen, unter ihnen das Uniformverbot und das SA- und SS.-Verbot, gelten von dem Inkrafttreten der neuen Verordnung ab, d. h. also vom Freitag ab, als aufgehoben.

Der Abschnitt 1 der Verordnung regelt die Frage, wann Versammlungen und Aufzüge verboten werden können. Die Bestimmungen der neuen Verordnung entsprechen hier im wesentlichen dem bisherigen Recht. Neu ist, daß Polizeibeauftragte zu Versammlungen zu gelassen werden müssen.

Der Abschnitt 2 regelt die Frage, wann periodische Druckschriften Auflagenachrichten aufnehmen müssen, und wann periodische Druckschriften verboten werden können. Die Verbotsgründe entsprechen den bisherigen (Aufreizung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Beschimpfung der Organe des Staates, der Behörden und der Religionsgemeinschaften). Neu ist, daß ein Verbot ergehen kann, wenn lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet werden, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verbreitet werden. Die Verbotsdauer darf bei Tageszeitungen in Zukunft vier Wochen nicht überschreiten. Neu geregelt wird ferner, das Beschwerdeverfahren, das sehr viel verbessert worden ist. Auflagenachrichten können in Zukunft von Landesbehörden nur im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister auferlegt werden.

Der Abschnitt 3 regelt die Frage der politischen Verbände neu. Politische Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, unterstehen der Aufsicht des Reichsinnenministers, dem sie ihre Satzungen usw. vorzulegen haben. Sie müssen jeder Auflage nachkommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält. Verbände, die einer solchen Verpflichtung nicht nachkommen, können aufgelöst werden.

Abschnitt 4 enthält eine Reihe von Strafbestimmungen für Verstöße gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung. So wird mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft, wer öffentlich zu einer Gewalttat auffordert, nicht unter sechs Monaten, wer eine Schußwaffe unbefugt führt usw. Neu ist, daß Personen in polizeiliche Haft bis zur Dauer von drei Monaten genommen werden können, wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert.

Zu Abschnitt 5 (Schlußvorschriften) sind eine Reihe von Übergangsvorschriften enthalten, die das Außerkrafttreten der alten Verordnung zum Ausdruck bringen.

Endlich wird mit der neuen Notverordnung eine erste Durchführungsverordnung bekanntgegeben, die u. a. bestimmt, daß Auflagekundgebungen nicht mehr als 500 Worte umfassen sollen, und daß überschießende Zeilen bezahlt werden sollen. Ferner wird hier bestimmt, daß vor Erlaß eines Verbotes einer Druckschrift geprüft werden soll, ob nicht eine Verwarnung am Platze ist.

Hindenburgs Erwartung.

Der Reichspräsident hat an den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Verordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Sinnesmeinung bekanntzugeben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg."

Austauschexportverfahren für Brotgetreide

Im Rahmen der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in vollem Gang befindlichen und sich auf alle Möglichkeiten erstreckenden

Vorbereitungen zur Sicherung einer angemessenen Verwertung der neuen Ernte

fand mit den Sachverständigen der beteiligten Kreise eine Besprechung über die Wiedereinführung des Austauschexportsystems für Getreide statt. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen sprach sich für die Einführung des im vorigen Jahr bewährten Austauschexportverfahrens bei Weizen und Roggen aus. Bei den übrigen Getreidearten waren die Auffassungen über die Zweckmäßigkeit des Verfahrens für die Landwirtschaft geteilt. Man kann damit rechnen, daß zunächst die Einführung des Austauschexports für Brotgetreide bald erfolgen wird.

Gauleiter Röver (NSDAP.) Ministerpräsident in Oldenburg.

Der Oldenburgische Landtag wählte den nationalsozialistischen Gauleiter Röver mit 26 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Dreizehn Zettel waren unbeschrieben, zwei ungültig. Zu Ministern wurden gewählt der Nationalsozialist Spangemacher mit 25 von 34 Stimmen und Landgerichtsrat Pauli mit 25 von 33 abgegebenen Stimmen.

Die 25 Stimmen erklären sich so, daß Abgeordneter Röver sofort nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten nicht mehr mitstimmte.

Lokales und Provinzielles.

— **Elend statt Dank.** (Notverordnung belastet Kriegsopfer.) Der Inhalt der verkündeten Notverordnung der Reichsregierung von Papen hat entgegen den recht stark betonten Wünschen des Reichspräsidenten erhebliche Rentenkürzungen in der Kriegsopferversorgung mit sich gebracht und damit die an sich bereits als untragbar empfundenen bisherigen Belastungen noch verstärkt. Völlig bestürzt sind die Kriegsopfer darüber, daß der Reichspräsident einer Notverordnung seine Zustimmung gegeben hat, mit welcher neben zahlreichen anderen Benachteiligungen im Versorgungsrecht auch Kinderzulagen und Waisenrenten nach Vollendung des 15. Lebensjahres gestrichen worden sind. Die Arbeitsgemeinschaft des Reichsverbandes und Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener hat, die Vorstände beider Organisationen für die kommenden Tage nach Berlin berufen, um über die Kampfmaßnahmen gegen diese weiteren Rechtsbeeinträchtigungen Beschlüsse herbeizuführen, nachdem auch auf die bereits vor Verkündung der Notverordnung rechtzeitig erstrebte Vorsprache beim Reichspräsidenten, nach der nunmehr erfolgten Verkündung, eine Absage erteilt worden ist.

— **Haltet die Notfrist ein.** Es kommt immer wieder vor, daß Landwirten ein Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung deshalb abgelehnt wird, weil sie die Notfrist nicht innegehalten haben. Nach § 6 des 3. Teiles der Notverordnung vom 8. 12. 1931 ist ein Antrag auf Hinausschiebung der Zwangsversteigerung nur innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses zulässig, durch den die Zwangsversteigerung angeordnet oder der Beitritt zu dem Verfahren zugelassen ist.

— **Neuwahl des Vorstandes vom Kreislandbund Torgau e. V.** Am Donnerstag, den 16. Juni 1932, wurde vom Gesamtvorstand des Kreislandbundes der engere Vorstand neu gewählt. Es sind gewählt: Zum Kreisbauernmeister: Erbrichtergutsbesitzer Paul Boes-Mockrehna, zu dessen ersten Stellvertreter: Gutsbesitzer Georg Feuerstein-Oberaudenhain, zum zweiten Stellvertreter: Gutsbesitzer Edwin Bockell-Wessau. Zu weiteren Mitgliedern des engeren Vorstandes wurden gewählt die Herren: Moritz Küstner-Trossin, Albin Weiße-Zeckritz, Freiherr von Pentz-Zwethau, Emil Schickelanz-Zschadau, Wilhelm Berger-Mockritz, Oskar Puhlemann-Bockwitz, Kurt Kleinschmager-Hohndorf, Gustav Krüger-Naundorf. Für die Abhaltung eines Kreisbauerntages ist der 9. Juli in Aussicht genommen worden.

— **Saisonschluß- und Inventurverkäufe.** In einer Fachgruppenbesprechung bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle wurde festgestellt, daß Saisonschluß- und Inventurverkäufe für Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräte als im ordentlichen Geschäftsverkehr nicht üblich oder als für eine ordentliche und gesunde Geschäftsentwicklung nicht notwendig anerkannt werden.

—* **Annaburg.** Am heutigen Tage feiert das Rentner Friedrich Mathias'sche Ehepaar, in der Mittelstraße wohnhaft, das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Dem hochbetagten Jubelpaare auch von unserer Seite die herzlichsten Glückwünsche; möge ihnen noch ein recht sonniger Lebensabend beschieden sein.

Annaburg. (Aerztliche Untersuchung der Schulkinder.) Für Anfang nächster Woche ist die ärztliche Untersuchung der Schüler vorgesehen, die Ostern aufgenommen worden sind. Die Knaben der 7. Klasse werden am Dienstag von 11—12 Uhr von Herrn Dr. Springer, die Mädchen der 7. Klasse am Mittwoch von 11—12 Uhr von Herrn Dr. Schliep untersucht. Diejenigen Eltern, welche am ärztlichen Befund ihrer Kinder Interesse haben, können sich zu dieser Untersuchung einfinden.

—* **Annaburg.** (10. Bezirksturnfest des Bezirkes Falkenberg im Elbe-Elster-Turngau in Annaburg.) Wie aus dem Inseratenteil der vorliegenden Nummer ersichtlich ist, wird vom 25. bis 26. Juni das 10. Bezirksturnfest in Annaburg abgehalten. Weit über 500 Turner und Turnerinnen aus den Kreisen Torgau, Liebenwerda und Schweinitz werden ihren Einzug in Annaburg halten und eifrig rüstet man innerhalb des Männer-Turn-Verein von 1881 bereits für ein würdiges Gelingen des Turnfestes. Schon heute bittet der genannte Verein die geehrte Einwohnerschaft durch Schmückung der Straßen und Häuser den Gästen einen würdigen Empfang zu bereiten. Zur Erleichterung hierfür werden am Sonnabend, den 25. Juni, vormittags, einige Gespanne mit Laub- und Tannengrün durch den Ort fahren und dabei jede gewünschte Menge Grün abgeben. Der M.-T.-V. empfiehlt auch zur Schmückung der Straßen die Anschaffung von Stoff-Fähnchen, die schon für wenige Groschen zu haben sind. Die Straßen lassen sich damit äußerst leicht überspannen. Die Anschaffung dürfte sich bestimmt lohnen, zumal die Fähnchen sehr haltbar sind und sich lange Jahre verwenden lassen. Der Festzug wird sämtliche Straßen unseres Ortes durchziehen; die Reihenfolge der Straßen wird in der nächsten Nummer bekanntgegeben werden.

Herzberg, 17. Juni. Ein Autounfall ereignete sich nachts auf der Provinzialstraße Torgau—Herzberg bei Döbrichau. Der Chauffeur Grafe, der bei einer hiesigen Autofirma in Dienst steht, wollte für seine Firma einen neuen Kraftwagen holen. Auf der Rückfahrt nach Herzberg verlor er aus bisher noch unbekannter Ursache die Gewalt über das Steuer, fuhr gegen einen Baum, schleuderte auf der Straße noch ein Stück hin und her und landete schließlich im Straßengraben. Der Kraftwagen wurde arg beschädigt, der Fahrer wurde in schwerverletztem Zustande ins Torgauer Krankenhaus gebracht.

Rehain. Ein Unfall, dessen Ursache zur Zeit noch nicht geklärt ist, ereignete sich gestern Morgen. Der zweite Knecht des Landwirts Schütze fuhr mit einem Pferdegespann auf das Feld. Später fand man den jungen Mann auf einem Kartoffelfeld liegend, mit schweren Verletzungen am Unterschenkel auf. Ob der Knecht vom Wagen gestürzt ist, oder ob eine andere Ursache vorliegt, ließ sich wegen des bedenklichen Zustandes des Verletzten zur Zeit noch nicht feststellen.

Maucken. Gestern Morgen ist auf Mauckener Flur eine weibliche Leiche angetrieben, welche von dem Schäfermeister Herrn Fricke gelandet wurde. Die Leiche ist unbekleidet, Kopf und Gliedmaßen sind mit Tüchern umwickelt. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Torgau. (Eine für Erwerbslose wichtige Entscheidung.) Ein für Erwerbslose bemerkenswertes Urteil fällte gestern das Torgauer Schöffengericht. Der arbeitslose Schlosser Walther König aus Torgau hatte am 4. Mai die Kontrolle versäumt und, um in den Besitz des vollen Unterstützungssatzes in Höhe von RM. 9.80 zu gelangen, die Eintragung des Kontrollvermerks auf der Stempelkarte selbst vorgenommen. Das Gericht erblickte darin eine schwere Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug, ein Vergehen, das mit Zuchthaus bestraft wird. Dem Angeklagten wurden jedoch mildernde Umstände zugebilligt. Das Mindestmaß lautete in diesem Falle auf drei Monate Gefängnis. Da der noch jugendliche Angeklagte unerfahren und leichtsinnig gehandelt hatte, wurde ihm Strafaussetzung auf die Dauer von drei Jahren gewährt.

Wittenberg. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag kurz nach 10.30 Uhr auf dem Reichsbahnoberbaustofflager an der Eisenbahnüberführung nach dem Bahnhof. Dort geriet der Reichsbahn-Rangierarbeiter Hermann Schüßler, hier, große Friedrichstraße 129 wohnend, beim Rangieren eines Werkzuges zwischen die Puffer zweier Wagen. Er wurde so schwer verletzt, daß sein Tod bald darauf eintrat.

Ahlsdorf. Auf der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim, die vor einigen Tagen zu Ende ging, erhielt die edle, gesunde Kuh „Berline" 26159, Züchter und Besitzer Dr. v. Siemensche Gutsverwaltung Wendisch-Ahlsdorf, als formenschönste Höhenfleckviehkuh der Schau den Siegerpreis, gestiftet von dem Badischen Ministerium des Innern, Karlsruhe.

Meißen. (Rohe Tat.) Als Montag abend in Klein-Zadel ein Grundstücksbesitzer mit einer Sichel einen Grasrand abmähte, wurde er von einigen Schuljungen geneckt. Aus Aerger darüber warf der Mann seine Sichel nach einem der Jungen. Die Sichel durchschnitt dem Knaben an einem Bein die Hauptsehne, so daß er dem Meißener Landkrankenhaus zugeführt werden mußte.

Burg. (Furchtbare Bluttat.) Zu einer entsetzlichen Bluttat kam es am Mittwochabend gegen 18 Uhr auf dem Markt in Burg vor dem Kaufhaus Weber. Mitten im starken Verkehr gerieten drei Schwestern, die Ehefrau Anna Hamel, geb. Pege, die Ehefrau Emmi Schmidt, geb. Pege und die unverheiratete Else Pege, sämtlich aus Burg, in Streit, in dessen Verlauf die Geschwister Schmidt und Pege Messer aus ihren Taschen zogen und auf die Schwester Hamel einstachen. Von zwei Herzstichen und mehreren Armstichen durchbohrt brach die Hamel inmitten einer entsetzten Menschenmenge sofort tot zusammen. Ein ungeheurer Menschenauflauf sperrte jeden Verkehr. Ein in der Nähe weilender Polizeihauptwachtmeister verhaftete sofort die beiden Täterinnen, während Samariter und andere Personen die Erstochene in ein Haus brachten. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Täterinnen warfen ihre Messer in das Kaufhaus Weber, wo sie unter Teppichen aufgefunden wurden. Die Erregung über den Mord auf offener Straße, inmitten des stärksten Verkehrs und vor Hunderten von Augenzeugen war ungeheuer. Der Markt war noch nach Stunden von einer großen Menschenmenge belagert und die Polizei hatte Mühe, die Menge zu zerstreuen.

Kino-Schau.

Das Palast-Theater zeigt nur heute Sonnabend und morgen Sonntag ein erfolgreiches Doppelprogramm. Besonders sei auf die diesmalige Ermäßigung der Eintrittspreise hingewiesen. Sonntag 3 Uhr ist Kindervorstellung.

Turnen, Spiel und Sport.

Am Sonntag weilte die Fußballabteilung „Vorwärts" mit 3 Mannschaften in Gräfenhainichen. Die 1. Elf konnte wider Erwarten mit 5:0 siegen, während die 2. Elf 5:1 geschlagen wurde. Die 3. Elf gewann 3:1. Morgen stehen sich auf hiesigem Platze der Sportverein Mühlberg und „Vorwärts" gegenüber. Vorwärts 1. muß mit Ersatz antreten, da 2 Spieler zur Gruppenelf nach Pretzsch beordert sind. Für den Fall, daß die Mühlberger mit voller Mannschaft antreten, werden es die Hiesigen nicht leicht haben, zu gewinnen. Ein interessantes Spiel dürfte mithin zu erwarten sein. Bei den 2. Mannschaften müßte Annaburg den Sieg erringen; allerdings muß die Mannschaft dazu bessere Leistungen zeigen, als am Vorsonntag. Die 3. Mannschaft tritt gegen Mühlberg „Alte Herren" an. Der Ausgang dieses Spieles ist ungewiß. Beginn 12.30 Uhr. — Für Sonntag den 26. Juni sind bereits für den hiesigen Platz folgende Spiele angesetzt: „Fichte" Wittenberg 1., 2., 3.—„Vorwärts" Annaburg 1., 2. und 3. Mannschaft.

Kirchliche Nachrichten.

Heute, Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
Musikalische Feierstunde in der Kirche unter Mitwirkung des **Leipziger Posaunenquartetts.**

Am 4. Sonntag nach Trinitatis:

Annaburg. 10 Uhr: Gottesdienst.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Abends 8½ Uhr: Bibelstunde in der Vorschule.

Purzien. Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst.

Katholische Kirche. Sonntag, 19. Juni, vormittags 10.45 Uhr: Gottesdienst.
Nachm. 2½ Uhr: Versammlung in der Weintraube.

Markt-Kalender.

21. Juni: Schweinemarkt in Linda.
23. Juni: Kram-, Rindvieh- und Schweinemarkt in **Annaburg.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0003

10. Bezirksturnfest
am 25. u. 26. Juni 1932 in Annaburg

Weit über ein halbes Tausend Turner werden ihren Einzug hier halten!

Festfolge: am Sonnabend, den 25. Juni 1932:

7.30 Uhr: Zapfenstreich
8.30 Uhr: Begrüßungsabend im Goldenen Ring (Konzert, Festspiel, turner. Aufführungen). **Eintritt:** Turner u. Vereinsmitglieder mit Fest-Abzeichen frei. Nichtturner 30 Pfennig,

Festfolge: am Sonntag, den 26. Juni 1932:

5.30 Uhr: Weckruf
6.30 Uhr: Beginn der Wettkämpfe auf dem ehem. Schloßschulplatz
9.30 Uhr: Jugendfeierstunde auf dem Schloßhof
12.30 Uhr: Antreten zum Festzug am Waldschlößchen
1.00 Uhr: **Festzug**
2.30 Uhr: Massen-Freiübungen der Turner u. Turnerinnen, Schauturnen aller Bezirksvereine, Staffel-Läufe, Mannschaftskämpfe im Tauziehen, Steinstoßen usw., Volkstänze, Trommel- und Faustballspiele,
6.30 Uhr: Siegerehrung
7.00 Uhr: Einzug u. d. Gold. Ring

8.00 Uhr: Großer Turnerball im Goldenen Ring
Festbeitrag **nur 50 Pfg.**

Wir bitten die gesamte Bürgerschaft Annaburgs uns an beiden Tagen durch recht zahlreichen Besuch zu unterstützen. **Gut Heil!**

Männer-Turn-Verein v. 1881 Annaburg.

Achtung! Achtung!
Auf dem Schützenplatz:
Täglich frisches Sahne-Eis.
Eis-Salon **Hans Göldner, Zeitz.**
Achtung! Achtung!

Herabgesetzte Preise!

Oel- und Wasser-Farben

werden in **allen Farbenmischungen** auf Wunsch **streichfertig** hergestellt.

Schlemmkreide, Gips, Firnis, Terpentinöl, Siccativ, Mattine und Lacke für alle Zwecke

Pinsel

Deckenbürsten, Strichzieher, Annetzer Sichelleim, Fußboden-Lackfarben, Emaille-Lackfarben und sonstige Maler-Bedarfsartikel

Fa. Th. Schunke Nachfolg.
Mittelstraße 12.

Für unser Annaburger Heimatfest!

Am **Montag, den 20. Juni ds. Js. 1/2 9 Uhr** abends soll im Gasthof **„Siegeskranz"** die **erste Sitzung** des **Kinderfest-Ausschusses** abgehalten werden. Alle interessierten Damen und Herren werden herzlich dazu eingeladen.

J. A.: **Gerth,** Rektor.

Hotel Waldschlößchen.
Sonntag, den 21. Juni:
◆ Tanzkränzchen. ◆
Kapelle Rohr! Anfang 7 Uhr! Eintritt frei!
Freundl. ladet ein **Hugo Fensch u. Frau.**

Palast-Theater

Heute Sonnabend u. Sonntag 8 1/2 Uhr
Georg Alexander, Ruth Weyher, H. Junkermann in
„Was ist los mit Nanette?"
Die zwerchfell-erschütternde tolle Verwechslung und was draus wird. Fabelhafte Ausstattung. 8 Akte.
„Cowboy—Derby"
Ein packender Wildwestfilm in 5 spannenden Akten
Hinweis: Heute und folgende Tage ermäßigte Preise:
40 Pfg., 60 Pfg. und 80 Pfg.
Sonntag 3 Uhr: Kindervorstellung.

Heraus zur Solidaritäts-Kundgebung der I. A. H.!

am **Montag, den 20. Juni,** im Lokal **„Bürgergarten".** Es spricht Genossin Frau **Zöllner-Halle.** Thema:

„Solidarität im Kampf gegen imperialistischen Krieg für Verteidigung der Sowjet-Union gegen Hunger und Faschismus."

Erscheint in Massen!

K. P. D., R. H., J. A. H.

Bei kühlem Wetter!

Kübler-Kleidung

Westen Pullover Jacken
Damen- und Kinder-Kleider, Knaben-Anzüge, Hosen

Kübler-Herren-Anzüge nach Maß

Emil Bortfeld

Farben
Firnis
Lacke
Pinsel
Schablonen
kauft man am billigsten und in bester Qualität
nur bei

J. Kähnig's Nachf.
Inh.: **Martha Müller,** Mühlenstr. 40.

Achtung! Achtung!

Foto

Apparate schon von **4.- Mk.** an

Bedarfs-Artikel:
Klammern, Wasserungskästen, Schalen
Kopierrahmen, Marken-Papiere, Platten
Roll- und Packfilms in sämtlich. Größen

Foto-Haus **Georg Schönn**
Adler-Drogerie

NSU und DKW-Motorräder

sowie **sämtliche Ersatzteile**
Auto- u. Motorrad-Reparaturen, alle Drehbankarbeiten, Autogenschweißerei

— Olex-Tankstelle —
Auto-Lohnfuhren

Meine Reparatur-Werkstatt wird von geprüftem Auto-Mechanikermeister geleitet.

Fritz Rödler, Markt 20 Fernruf 253

Die 2 Pfund-Dose!

Bratheringe	**52** Pf.
dto. ohne Kopf u. ausgenommen	**65** „
Bratrollmops	**78** „
Schnittbohnen	**46** „
Brechbohnen	**48** „
Gemischtes Gemüse	**49** „
Erbsen	**65** „
Pflaumen	**78** „
Kirschen	**95** „
Erdbeeren	**1.35** M.

und 5 Proz. Rabatt!

J. Kähnig's Nachfolg.
Inh.: **Martha Müller,** Mühlenstraße 40.

Fahrräder, fertig montiert mit Torpedo-Freilauf von **49.50** RM. an

Nähmaschinen
Seidel & Naumann, versenkbar von RM. **150.–** an

Preiswerte Fahrraddecken
im ältesten Fachgeschäft am Platze

Herm. Meyer sen.
Torgauer Straße 7

Der Stahlhelm
Dienstag, den 21. Juni 20.30 Uhr Versammlung bei Kamerad Dubro.

Bund Königin Luise
Dienstag, den. 21. Juni abends 8 1/2 Uhr
Zusammenkunft im „Goldenen Ring".
Der Vorstand.

Grasverpachtung
von **20 Morgen Wiese** in **Burzien** am **Sonntag, d. 19. Juni, 3 Uhr nachmittags,** zuerst in der Hutung, folgend in der Steinlache.
P. Trog, Jessen.

Besser als früher

wird Ihr Absatz, wenn Sie Ihren Kundenkreis durch planmäßige Insertion erweitern.
Die **Annaburger Zeitung** bietet Ihnen die beste Möglichkeit dazu. Ein Inserat in derselben hat immer einen Erfolg.

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Billig und Qualität

kaufen Sie bei

Thams & Garfs!

Wir empfehlen:

Tafel-Margarine	statt 31, **30** Pf.
und **5 Prozent Rabatt!**	
K-Margarine	Pfund **33** Pf.
L-Margarine	Pfund **45** Pf.
Hausmacher	Pfund **60** Pf.
und **5 Prozent Rabatt!**	
Blütenweißes Rohschmalz	Pfd. **39** Pf.
Tafel-Oel	Pfund **33** Pf.
Pudding-Pulver, Mandel, Vanille Erdbeer, Himbeer	Pfund **36** Pf.
Drops	Rolle statt 10 nur **8** Pf.

Hamburger Kaffeelager Thams & Garfs
Torgauer Straße 21.

Oberhemden, Einsatz-, Wochenend- und Makkohemden
Herren-Makko-Jacken und Hosen
Damen- und Kinder-Strümpfe in Seide, Flor und Waschseide
Kinder-Söckchen von 25 Pf. an
Badelaken, Frottiertücher
Badeanzüge, Turnerhosen und Jacken

Sebastian Schimmeyer.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Knecht
über 20 Jahre und einen **von 16—18 Jahre sucht**
Scheibe, Lebien.

Stachelbeeren und Erdbeeren
empfiehlt
Bruno Anders,
Garten am Denkmal.

Scheuertücher
in **guter Qualität** zu verschiedenen Preislagen.
J. G. Fritzsche.

Bestellungen auf
Briketts
nimmt jederzeit entgegen.
Otto Scheibe.

Haus-Grundstück
mit Stall und Garten in **Jessen,** Ludwig-Hoschstraße, gegen Kasse sofort zu verkaufen. Auskunft bei
Paul Zeisig,
Jessen.

Fischfutter
empfiehlt
J. Kähnig's Nachf.
Inh.: **Martha Müller**
Mühlenstr. 40.

Schnupftabak „Goldfarb"
sowie **Kautabak**
empfiehlt
Louis Hofmann.

Erfrischende
Getränke
für die heiße Jahreszeit!
Zitronenmost
Orangeade
Himbeersaft
Kirschsaft
lose und in Flaschen
Trinktabletten
Selterwasser
J. G. Fritzsche.

Sommer-Sprossen
werden **unter Garantie** durch
VENUS (Stärke B)
beseitigt
M. 1.60, 2.75. Gegen **Pickel, Mitesser** Stärke **A.**
Adler-Drogerie Schönn.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0004

„Ich dien' dem Vaterland!"

Ein Nachwort zur Gautagung des Bundes Königin Luise (Gau Elbe-Elster) in Eilenburg.

Wie wir bereits in Nr. 67 der Annaburger Zeitung berichteten, stand für den 12. Juni der 7. Gautag des Bundes Königin Luise (Gau Elbe-Elster) in Eilenburg bevor. Ueber den Verlauf des Gautages, der inzwischen stattgefunden hat, liegt uns ein ausführlicher Bericht des Bundes vor, den wir hiermit auszugsweise wiedergeben.

Bei lachendem Sonnenschein waren 1000 deutsche Frauen in der freundlichen Stadt an der Mulde zusammengeströmt, um den 7. Gautag des Bundes Königin Luise (Gau Elbe-Elster) zu begehen.

Ein Weckruf wollte unser Gautag sein und er wurde es auch im wahrsten Sinne des Wortes, indem er deutsche Frauen aufrief zum Ringen um die Seele unseres Volkes und deutschen Menschen die Mahnung ins Herz prägte: „Deutsche seid einig!"

Der Gautag begann mit einem Gottesdienst in der Nicolaikirche, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Im Anschluß daran sammelten sich die Kameradinen um das Denkmal der gefallenen Helden, woselbst ein Sprechchor an das erinnerte, was unsere gefallenen Helden für uns taten. — Dortselbst trat unsere Bundesführerin, Frau v. Hadeln, zum erstenmal vor den Gau Elbe-Elster. Sie wies auf die steinerne Gestalt des Kriegers, der wie ein Symbol ist für alle Helden, und brachte den Willen unseres Bundes zum Ausdruck, von unseren Helden zu lernen und furchtlos auf unserem Posten stehenzubleiben, unsere Pflicht zu erfüllen ohne Ruhm. „Alles ist die Tat, der Ruhm ist nichts!" Blau ist unser Kleid, die Farbe der Treue. Und die Kornblumenkränze am Denkmal sind ein Sinnbild der Treue, die niemals endet. Es klang wie ein Schwur all der Frauen ringsum: „Die Treue steht, solang die deutsche Frau lebt." Dann legte unsere Gauführerin den Kranz nieder mit den schlichten Worten: „Für Deutschland gabt ihr das Leben, ihr seid am Ziel! Deutschland soll wieder leben, wenn es auch fiel!"

Am Nachmittag fanden sich die vielen Frauen im festlich geschmückten Saal der Stadthalle zusammen. Still und eindringlich mahnte das schlichte „Ich dien" auf der Fahne des Gaues an den tiefsten Sinn der Arbeit des Bundes. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag der neuen Bundesführerin, Freifrau von Hadeln, die, nachdem die Gauführerin Frau von Neree (Bad Liebenwerda) und die Ortsgruppenführerin Eilenburgs ein herzliches Willkommen ausgesprochen, das Wort ergriff.

Klar zeichnete Frau von Hadeln die Aufgaben der deutschen Frauen unserer Notzeit. Sie begann mit dem großen Erlebnis des Jahres 1914, jener Kundgebung im Lustgarten, in der der Kaiser zu der begeisterten Menge spricht: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", diese Worte werden zur Tat! Deutsche Männer vergessen allen Parteihader. Deutsche Männer ringen darum, daß Rhein und Weichsel Deutschlands Strom bleiben, nicht Deutschlands Grenze werden! Außen ringt der Mann, innen muß die Frau ringen. Ist sie gerüstet dazu? Weiß sie, was es heißt, Volksmutter zu sein? Im Ersatz der männlichen Arbeitskraft leistet die Frau Großes, aber im Ringen um Deutschlands Seele versagte sie. Sie war nicht politisch geschult, wußte nicht, daß sie ihren Kindern Rechenschaft schuldig war, was aus der Seele ihres Volkes geworden in Zeiten der Not. Darum mußte die deutsche Frau versagen.

Des Kaisers Wort wird mit der Novemberrevolte in grauenhafter Umkehrung zur Wahrheit. Man kannte nur noch Parteien, kein Deutschland mehr. Furchtbar sind die Folgen, die sich daraus ergeben. Es hebt ein Ringen an, in dem Wirtschaft und Ansehen des Volkes fast ganz zerschlagen sind, in dem die Seele des Volkes zum großen Teil zertreten wird. Endlich bricht wieder ein Freiheitswille aus Urtiefen hervor, der da fordert: „Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche." Hier deutsche Frau, liegt deine Aufgabe, zu der du geschult werden mußt.

Keine Parteien gibt es darum für uns im Bund Königin Luise. Es gibt nur noch Deutsche! Und so ist es auch unsere Aufgabe durch unsere Arbeit Brücken zu schlagen, daß alle nationalen Kräfte des Volkes zusammengehen. Aus starren, engen Menschen, die ringen gegen eigene Not, müssen wir werden zu Menschen, die es wissen, nicht um dich geht's, es geht um dein Volk. Den Weg dazu zeigt uns das Bibelwort, das da lautet:

„Ein neu Gebot gebe ich Euch, daß ihr euch untereinander liebet." Der Weg zum Du, er führt zuletzt zum Wir unseres Volkes. Nur durch eignes Leid, eigne Not lernen wir des andern Not verstehen. So soll uns die Not zum Segen werden. Den Weg wollen wir finden zu den Kameradinen und damit zu allen deutschen Frauen. Nur über die seelische Befreiung führt der Weg zur endlichen Befreiung des Mutterlandes. Daran zu arbeiten, das ist die Aufgabe unseres Bundes. Dann wird unser unerschütterlicher Glaube Erfüllung, das neue Deutschland wird leben. Und deutsche Glocken werden läuten, von allen Kirchtürmen: Heil dem deutschen Lande!

Es wurde geboren aus Not und Schmerz
das deutsche Land, das deutsche Herz!
Nun halt es zusammen, das ist deine Pflicht:
daß niemals wieder dies Herz zerbricht.

Ein „Weckruf" im tiefsten Sinne war dieser Gautag. Als die Gauführerin Dank und Treugelöbnis der Bundesführerin aussprach, wars wie ein einziger Wille all dieser Frauen, sich ganz unter einen Gedanken zu stellen: „Dir dien' ich, mein Vaterland".

Das ganze Programm der Festversammlung, mit seinen lieben frischen Volksliedern der Jugendgruppen, dem schönen Einzelgesang mit seinem Festspiel, seinen Sprechchören und Gedichten, war ein einzig Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zu deutscher Erneuerung und Befreiung, wie es auch ausklang in dem Schlußliede: Laß nicht zuschanden werden,
Dein lichtes Volk der Erden
Und meiner Mutter Land!

„Das Volkslied unter das Volk".

Deutscher Liedertag am 26. Juni.

In der Deutschen Sängerbundeszeitung, dem amtlichen Organ des DSB., erläßt der Vorsitzende des DSB., Geheimrat Dr. Hammerschmidt, einen Aufruf, der sich mit dem Liedertag befaßt. Wir geben daraus folgende Einzelheiten wieder:

Die beiden ersten Liedertage haben diese neuartige Veranstaltung des DSB. in Stadt und Land aufs beste eingeführt. Die allgemein begrüßten Erfolge dieses fröhlichen Freisingens im Frühling berechtigen und verpflichten uns daher, den Liedertag als jährlich wiederkehrende Aufgabe des Vereinslebens zu betrachten. Es handelt sich schon nicht mehr um tastende Versuche. Die gewonnenen Erfahrungen zeigen nun bereits die einzuschlagenden Wege. Sie wiederum freudig zu beschreiten, bedarf es eigentlich keiner Mahnung mehr.

Sonntag, der 26. Juni, wird der allgemein willkommene Tag sein. Sollte da und dort aus triftigen Gründen ein früherer oder späterer Sonntag gewählt werden wollen, so sei dagegen nichts eingewendet. Die Tageszeit wird dem örtlichen Ermessen anheimgegeben.

Der Liedertag schafft den Sängern eine freudig zu begrüßende Gelegenheit, mit ihren Leistungen vielfach vor eine breitere Oeffentlichkeit zu treten, als sie sonst manchmal in den Konzerten ihrer harrt, und zudem ihre Lieder vor Zuhörern erklingen zu lassen, die meist nicht gewöhnt sind, ihnen in den Sälen zu lauschen. Der Liedertag soll ja nicht nur eine innere Freude und Genugtuung für unsere Sänger sein, sondern auch eine bewußte und vollberechtigte Werbung für unsere Sänger sein, sondern auch eine bewußte und vollberechtigte Werbung für ein hochwertiges Gut, dessen Geist und Gemüt erhebende Kraft nicht zu den letzten Wirkungen gehört, die das Innenleben unseres Volkes neubefruchten und mit stärkender Zuversicht auf eine bessere Zukunft erfüllen sollen und auch können.

Die Auswahl der Lieder wird gewiß auch dieses Jahr mit richtigem Verständnis betätigt und wohl zumeist der Forderung „Das Volkslied soll wieder unter das Volk!" angepaßt werden. Gute volkstümliche Lieder stehen ja auch in reicher Auswahl zur Verfügung, und nicht selten werden dieses Jahr „Frankfurter" Chöre zu Gehör gebracht werden.

Daß es zum guten Gelingen viel beträgt, möglichst große Sängergruppen zu bilden, bedarf keiner Wiederholung. Wenn der Liedertag den Anstoß gibt, daß sich mehrere Vereine zusammenschließen und so nähere Fühlung nehmen, so ist das eine erfreuliche Begleiterscheinung.

Eine Bitte und Erwartung liegt mir noch besonders am Herzen. Es müßte den Erfolg des Liedertages schmälern und dem Ansehen des DSB. schaden, wenn irgendwo größere Vereine der Auffassung wären, die Pflichten des Liedertages anderen überlassen zu dürfen. Gerade auch die Vereine, denen Erfolge im Konzertsaal sicher zu sein pflegen, müssen den Gemeinsinn und die Achtung für die anderen Vereine aufbringen, um sich nicht etwa fernzuhalten, sondern vielmehr führend voranzugehen.

Möge nun auch der diesjährige Liedertag sich überall zu einem erfreulichen Erfolge gestalten, und zwar im ganzen Bereiche unseres weitumfassenden Deutschen Sängerbundes!

Nah und Fern

○ **Immer mehr Falschmünzer.** In Groß-Rudestedt bei Weimar gelang es, vier Ortseinwohner als Falschmünzer zu entlarven und zu verhaften. Sie haben sich seit Dezember vorigen Jahres mit der Herstellung von falschen Fünfzigpfennig- und Zweimarkstücken befaßt und sie in verschiedenen thüringischen Städten sowie in Erfurt und Umgebung verbreitet. Insgesamt haben sie etwa 800 Fälschungen in den Verkehr gebracht. Auch eine Einrichtung zur Herstellung von falschen Fünfmarkstücken wurde in der als Werkstätte benutzten Scheune vorgefunden.

○ **Eine Hinrichtung in Weimar.** Auf dem Hofe des Weimarer Landgerichtsgefängnisses wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Paul Daßler durch das Fallbeil hingerichtet. Daßler hatte die achtjährige Isolde Dibrovenka in einem Walde bei Weimar beraubt, vergewaltigt und ermordet.

○ **Raubüberfall auf eine Bank.** Ein frecher Raubüberfall wurde in Hamburg auf eine Zweigstelle der Dresdener Bank verübt. Drei maskierte Männer drangen in den Schalterraum ein. Vier Angestellte wurden von den Eindringlingen mit Revolvern bedroht und in den Bodenraum getrieben, wo sie von einem der Täter mit dem Revolver in Schach gehalten wurden. Währenddessen raubten die beiden anderen etwa 6000 Mark und flüchteten, nachdem sie vorher die Masken in ihre Taschen gesteckt hatten. Noch bevor die Angestellten sich von ihrem Schreck erholt hatten, waren die Räuber mit ihrer Beute verschwunden.

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL — **Das Schicksal spricht das letzte Wort** — URHEBERRECHTS SCHUTZ-VERLAG O. MEISTERNEWERDA

(38. Fortsetzung.)

Und zu Hause ging der Vater in zerschlissenem Rock und Lex wußte nicht, wie er die Pfennige für den anderen Tag zusammenkratzen mußte. War das nicht purer Widersinn des Lebens?

Seine Depression nahm mit jeder Umdrehung der Räder zu. „Ist es Ihnen nicht unheimlich?" Dabei sah er gespannt in Mister Hetterfields schmales Gesicht.

„Unheimlich? Was soll mir denn unheimlich sein, Graf Lippstädt?"

„Dieser unermeßliche Reichtum."

Hetterfield lachte auf: „Dieses Empfinden habe ich noch nie gehabt. Allerdings, ab und zu ist es gut, daß Töchter Söhne ins Haus bringen und mit ihnen Enkel. Die schaffen es dann schon."

Alice ließ den dunklen Kopf gegen seine Schulter gleiten, hob ihn plötzlich wieder und zeigte mit dem Ausruf der Freude auf das Tor, das in sechs Meter Breite die Straße abriegelte. „Zu Hause, Vater! Hören Sie, Viktor, wir sind zu Hause!"

Die Scherengitter taten sich wie ein widerwillig sich öffnendes Gebiß auf und klappten hinter dem Wagen wieder zusammen. Viktor wurde noch kleinmütiger, als er in der letzten Viertelstunde gewesen war. Von uralten Bäumen flankiert, strebte der Riesenbau des Schlosses in die Höhe. Dagegen wirkte Langenbach wie eine Hütte. Es war ulkig, sich beides nebeneinander zu denken.

Etwas wie Beschämung war in seinem Blick, als er ihn nun auf Alice ruhen ließ. Aber sie sah es gar nicht, denn das gesamte Personal war zur Begrüßung auf der Freitreppe aufgestellt.

Hetterfield hob die Tochter über das Trittbrett. Sie lief, ohne auf ihn zu warten, die Stufen hinauf, nach links und rechts ein Lächeln, ein Kosewort, einen Scherz austeilend.

Viktor folgte mit Hetterfield und Jefferson, der wieder seine undurchdringlichste Miene aufgesetzt hatte. Ich möchte fort, dachte Viktor, mit dem nächsten Dampfer zurück nach Europa. Wenn Evelin auch nichts mehr von mir wissen will, ich wäre doch in ihrer Nähe. Das war nun schon sein Verhängnis, daß er sein Herz nie wieder zur Vernunft bringen würde.

Hetterfields Blick, der voll auf ihm lag, machte ihn erröten. Ahnte dieser etwas? Wußte er vielleicht von Alice, wie es um ihn stand? Sie tat ihm leid, daß er ihrem sehnlichsten Hoffen keine Erfüllung geben konnte. Es wäre grundschlecht, ihr eine Liebe vorzutäuschen, die nun doch einmal Ehe gehörte.

Beim Eintritt in die Halle gab er es auf, sich noch über irgend etwas zu wundern. Langenbach verblaßte zu einem Schatten. Das hier konnte sich ruhig neben Schönbrunn stellen, wenn es das nicht noch übertraf. Der Blick glitt völlig frei bis an die Kuppel, die blauen Aether vortäuschte.

„Gefällt es Ihnen?"

Ihm war, als hätte Alice ihn das heute schon einmal gefragt, er wußte nur nicht mehr, wann. Ihre Augen strahlten ihn an. Er mußte die seinen abwenden und begrüßte es dankbar, als Hetterfield einem Diener winkte, ihn nach seinen Zimmern zu führen. Er war doch gekommen, um Arbeit zugewiesen zu erhalten und wurde empfangen und behandelt wie ein Gast, mit dessen Eintreffen man gerechnet hatte. Seinem Grafentitel war das sicher nicht zuzuschreiben. Mister Hetterfield schien sich nicht das geringste aus Adelsprädikaten zu machen. Er tat es jedenfalls nur seiner Tochter zuliebe. Und Viktor konnte nichts dafür geben, gar nichts, nicht einmal ein bißchen Liebe. Denn das, was er für Alice fühlte, war brüderliche Zuneigung, mehr nicht.

Die Zimmerflucht, die er bewohnen sollte, schien endlos zu sein. Raum dehnte sich an Raum. Die Schiebetüren waren zurückgerollt und gewährten dem Auge freien Durchblick. Durch die Fenster, die vom Boden bis zur Decke reichten, nickten Palmen herein. Dazwischen schob sich das Grün hundertjähriger Eichen, so daß er sich mitten in die Heimat versetzt fühlte.

Er wurde es erst gewahr, daß er allein stand, als er den Schritt des Dieners nicht mehr neben sich hörte. Aber in dem großen Schlafzimmer, in das er nun trat, hob sich ein Rücken von einem der aufgeklappten Koffer und ein bekanntes Gesicht strahlte ihm wie eine vollerblühte Pfingstrose entgegen. „Melde mich gehorsamst zur Stelle, Herr Hauptmann!"

„Grusche, Menschenskind, wie kommst du hierher!" Viktor fühlte, wie ihm die Stimme überschnappte.

„Mit dem Dampfer, Herr Hauptmann. Ich bin halbtot gewesen, als ich eintraf. Das Ding hat so geschlingert. Aber ich hab's ausgehalten. Jetzt geht es wieder vorzüglich."

„Das sehe ich. Wer hat dich denn engagiert? Ich meine . . ."

Grusche erlaubte sich den Satz zu vollenden: „Herr Hauptmann meinen, wer mich herüberdirigiert hat? Das hat der Herr Jefferson gemacht. Der hat gesagt, es tät Sie freuen, wenn ich da wäre und ich wüßte auch alles, wie es der Herr Hauptmann gerne hat. Na, und da hab' ich nicht lange nein gesagt. Es ist nicht wenig schön hier, und . . ." Er fand den Ausdruck nicht für all den Pomp, der sich hier bot. Er machte nur eine bezeichnende Geste. „Kann ich jetzt Herrn Hauptmann beim Umkleiden behilflich sein? Ein Bad ist auch bereit. Die Koffer sind bis auf diesen einen ausgepackt." Bevor Viktor etwas erwidern konnte, hatte Grusche bereits die Türe zum Badezimmer geöffnet, hinter dem sie beide verschwanden.

Eine halbe Stunde später rief der Gong zum Abendtisch. Grusche öffnete dem Gebieter die Türe und sah, wie Hetterfield in einer Nische des Korridors auf Lippstädt wartete. Diskret zog er sich zurück.

„Der Gong ruft dreimal," sagte Hetterfield. „Wir können noch zusammen ein Stück durch den Park gehen, wenn es Ihnen recht ist."

Nun kommt etwas, durchfuhr es Viktor. Der Mann sieht mir bis auf den Grund der Seele. Er hatte auch der Tochter ihr innerstes Fühlen abgelauscht. Es waren sehr gemischte Gefühle, mit denen er jetzt neben ihm herschritt. Vielleicht fragte er ihn geradewegs, ob er sein Schwiegersohn werden wolle. Und er mußte nein sagen, mußte, weil er nicht anders konnte. Die Schultern zurückdrückend, wartete er auf das, was Hetterfield sagen würde. Aber es kam vorläufig nichts.

Als die kleine Türe aufsprang, deren Riegel Hetterfield selbst zurückgeschoben hatte, trat ihrer beider Fuß in eine Wildnis, die ganz im Gegensatz zu der im Parke herrschenden Symmetrie stand. Tabakfträucher neigten sich gegen ihre Schultern und Katteengebüsch griff mit fleischigen Armen nach ihnen. Es machte den Eindruck, als müßte man sich den Weg durch diesen Urwald erst mit Säge und Messer bahnen. Ab und zu jedoch öffnete sich ein Durchblick, ein Wasser gurgelte vorbei und breite Fächerpalmen schmeichelten sich hoch. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0005

Was bringen die diesjährigen Elternbeiratswahlen?

Wahltag am 26. Juni — Parteipolitische Vorstöße — Die Geschlossenheit der christlichen Erziehungsfront Die ersten Ergebnisse — Auf zur Elternbeiratswahl!

Auf dem platten Lande haben die Elternbeiratswahlen von Anfang an keine große Bedeutung gehabt; als sie nach der Revolution ins Leben gerufen wurden, wollte man damit vielleicht dem Räte-Gedanken, der damals modern war, Vorschub leisten, ahnte aber nicht, daß man dadurch

der gutgesinnten Elternschaft eine Waffe

in die Hand drückte, die fortan zum Schutz der evangelischen Staatsschule mit wachsendem Erfolg gebraucht werden konnte. Der Kampf hat sich im wesentlichen in den Städten abgespielt; auf vielen Dörfern ist es niemals zur Bildung eines Wahlvorstandes und damit zur Einreichung von Kandidatenlisten gekommen. In ländlichen Gemeinden ist ja eigentlich auch das schon erfüllt, was die Elternbeiratswahlen erstreben, das Brückenschlagen von der Schule hinüber zum Elternhaus und umgekehrt. Der Landlehrer hat es so viel leichter, die Eltern seiner Kinder kennenzulernen, als der in dieser Beziehung wesentlich mehr eingeengte Lehrer in der Stadt. Es ist ein vielverbreiteter Irrtum, daß die Elternbeiratswahlen nur für die Volksschulen da seien; sie gelten ebenso für die mittleren und höheren Schulen. — In diesem Jahre wird in der Provinz Sachsen fast überall am 26. Juni gewählt. Es kommt darauf an, Männer und Frauen in den Elternbeirat zu schicken, die ein

Herz für die Jugend,

Verständnis für die Erfordernisse der Schule und das rechte Geschick haben, mitzuarbeiten, ohne dem Lehrer im Wege zu sein. Es muß offen ausgesprochen werden, daß nur die Elternbeiräte sich in ihrer Arbeit segensvoll auswirken können, die ein Vertrauensverhältnis zwischen Schule und Elternhaus erreichen.

Daraus ergibt sich, daß alle Nörgelei und Kritiksucht im Elternbeirat nicht am Platze ist, erst recht aber nicht die Auswirkung parteipolitischen Ehrgeizes, mag er kommen, von welcher Seite er immer wolle. Es liegt ja auf der Hand, daß durch die jetzige Beschäftigungslosigkeit mancher froh ist, wenn er ein bißchen Ablenkung hat. Daher auch das Arbeiten der Parteibüros für Aufstellung politischer Listen für die Elternbeiratswahlen.

Jeder erfahrene Mensch jedoch weiß heute, daß

Parteipolitik Gift für die Kindesseele

ist, und den Erfolg der Erziehung aufs äußerste gefährdet; durch Parteipolitik werden zumindest Kinder nicht glücklicher.

Die christlichen Eltern wollen seit zwölf Jahren die Entpolitisierung der Schule; nach ihrer Meinung muß Parteipolitik der Schule fernbleiben, die Arbeit für die Kinder soll in Ruhe und nach dem Maßstab gesunden Fortschritts geleistet werden, auf der Grundlage des Vertrauens zwischen Elternhaus und Schule, in Zusammenarbeit zwischen Elternvertretern und Lehrern unter Wahrung des Elternrechtes, da auch die Schule den Kindern nicht andere Auffassungen vom Leben beibringt, als es sonst die Eltern wünschen. Durch die Reichsverfassung haben die Eltern das Recht, über die Erziehung ihrer Kinder mitzubestimmen. Nur so wächst

tüchtige, evangelische, deutsche Jugend

heran. Wer die Zeichen der heutigen Zeit versteht, der wird diese christlich-unpolitische Haltung der Elternschaft gutheißen; es ist damit eine Grundlage geschaffen, wo sich über alle Parteien hinweg Eltern aller Stände in Verbundenheit der Volksgemeinschaft die Hände reichen können, zum Wohle ihrer Kinder, die christliche Kinder sind und einmal christliche Staatsbürger werden sollen.

Hinweg mit allen politischen Listen,

die die Schule auf Irrwege führen! Laßt euch nicht betören durch klingende Namen! Prüfet alles, behaltet das Beste! Die evangelische Elternschaft mit ihren Christlich-Unpolitischen Listen bietet Gewähr dafür, daß keine Experimente und Abenteuer mit der Schule versucht werden, sondern

sachliche Aufbauarbeit geleistet

wird. Die bewährte evangelische Schule soll bleiben, wachsen und gedeihen! Das Beste ist für unsere Kinder gerade gut genug! — Väter und Mütter, laßt euch nicht irre machen, tretet am 26. Juni mit dem Wahlzettel für einer Kind ein; die Mühe lohnt sich. Die Elternschaft von Schlesien und Brandenburg hat bereits gewählt; in Potsdam z. B. haben die Christlich-Unpolitischen Listen über neun Zehntel aller Sitze erhalten. Das muß jeden deutsch-evangelischen Menschen mit Genugtuung erfüllen.

H.

⊙ **Eine Pfarrkirche niedergebrannt.** Die aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stammende Pfarrkirche in Hopfgarten bei Kufstein ist niedergebrannt. Das Feuer brach im Dachstuhl der Kirche aus und erfaßte die beiden Türme der Stadt, die als eine riesige Brandfackel aufloderten. Dabei stürzten die Glocken herunter, durchschlugen die Zwischenstockwerke und gruben sich im Erdgeschoß der Kirche tief in den Boden. Die Ursache des Brandes liegt wahrscheinlich in Brandstiftung.

Funk-Ecke

Sonntag, den 19. Juni:

Deutsche Welle 1635.

6.00: Funkgymnastik. * Anschl.: Hamburger Hafenkonzert. * 8.00: Mitteilungen und praktische Winke für den Landwirt. * Anschl.: Wochenrückblick auf die Marktlage. * 8.20: Rückblick auf die 38. Wanderausstellung der D. L. G. in Mannheim. * 8.55: Morgenfeier. * Anschl.: Glockengeläut des Berliner Doms. * 10.05: Wettervorhersage. * 11.00: Märchen. * 11.30 aus Leipzig: Reichssendung: „Ein ungefärbt Gemüte", Kantate von J. S. Bach. * 12.10: Zehn Minuten Lyrik. * 12.20: Mittagskonzert. * 14.00: Elternschaft und Elternbeiratswahlen. * 14.30: Zitherorchesterkonzert. * 15.00: Unbekannte Märchen von O. Wilde. * 15.25: Von der Großen Berliner Ruderregatta. * 16.10: Blasorchesterkonzert. * 17.40: Der neue Nationalismus. * 18.20: Johannes Schlaf zum 70. Geburtstag (21. 6.). * 19.00: Deutsche Volkslieder. * 19.30: Dichter und Zeit. * 19.50: Sportnachrichten. * 20.00 aus Frankfurt: „Der tapfere Soldat". Operette in 3 Akten. Unter Benutzung von Motiven aus Shaws „Helden". Musik von O. Strauß. * 22.00 aus Wien: Sommernachtsfest in Zell am See. * 22.40: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. * Anschl.: bis 24.00: Tanzmusik aus Zell am See.

Montag, den 20. Juni:

Deutsche Welle 1635.

9.30: Provisionsvertreter gesucht! * 10.10: Wir spielen einen Till-Eulenspiegel-Streich. * 12.05: Englisch für Schüler. * 15.00: Ria und das Preisausschreiben. * 15.40: Photographische Entdeckungsfahrten in der Landschaft. * 16.00: Drei Jahre Aufbauklassen an Berliner Volksschulen. * 16.30: Nachmittagskonzert Berlin. * 17.30: Strömungen in der evangelischen Theologie der Gegenwart: K. Barth und K. Heim. * 18.00: Querschnitt durch Zeitschriften. * 18.30: Spanisch für Anfänger. * 19.20: Was wir in den Obstanlagen tun müssen, um regelmäßige und für den Handel brauchbare Obsternten zu bekommen? * 19.35: Das menschliche Lachen. * 20.00 aus Hamburg: Das Hohelied der deutschen Bucht.

Dienstag, den 21. Juni:

Deutsche Welle 1635.

10.10 aus Königsberg: Beim Leuchtturmwärter in Brüsterort. * 12.05: Französisch für Schüler. * 15.00: Musikalische Kinderstunde. * 15.45: Künstlerische Handarbeiten. * 16.30: Nachmittagskonzert Leipzig. * 17.30: Der Eros in der Dichtung der Gegenwart. * 18.00: Das Thema in der Instrumentalmusik. * 18.30: Englisch für Fortgeschrittene. * 19.00: Gedanken zur Zeit. * 19.40: Technik und Persönlichkeit. * 20.00: „Ich schwöre bei Gott . . .", Lehrspiel von Ludwig Spiker. * 20.25 aus Hamburg: Aus dem „Hoffäger", Braunschweig: Ausschnitt aus dem Chorkonzert. Anläßl. der 8. Generalversammlung des DMSB. e. V. * 21.00 aus Breslau: Mittsommernacht. Dichtung für Musik von A. Schnack. * 21.45 aus Breslau: Unterhaltungsmusik. * Anschl. bis 24.00 aus Hamburg: Spätkonzert. * Nachts (genaue Zeit wird bekanntgegeben) aus Reykjavik: Hörbericht vom Boxkampf Schmeling—Sharkey. Berichterstatter: Sperber.

Mitteldeutscher Rundfunk

Sonntag, 19. Juni.

Leipzig Welle 259,3. — Dresden Welle 319

6.00: A. Holz, Berlin: Funkgymnastik. * 6.15: Hamburger Hafenkonzert. * 8.00: O. Uhlig: Ziegenzucht u. Ziegenhaltung. * 8.30: Orgelkonzert aus der Propsteikirche in Leipzig. Georg Trexler. * 9.00: „Milke und die Landschaft." Textfolge von Margit Hellberg. Sprecher: Margit Hellberg und P. Stanchina. * 10.00: Weihe eines Kriegsgefangenen-Ehrenmals auf dem Südfriedhof in Leipzig, anläßlich des Gautages Sachsen der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. * 11.15: Einführung in die Kantate zum 4. Sonntag nach Trinitatis. * 11.30: Reichssendung: Kantate zum 4. Sonntag nach Trinitatis. „Ein ungefärbt Gemüte." Von Joh. Seb. Bach. Städt. und Gewandhausorchester zu Leipzig. Thomanerchor. Solisten: Henriette Lehne, H. Lißmann, R. F. Schmidt, Prof. G. Ramin, F. Sammler, R. Kempe und W. Heinze. Ltg.: Thomaskantor D. Dr. K. Straube. * 12.15: Mittagskonzert der Dresdener Philharmonie. Dirig.: C. G. Hellmesberger. * 14.00: Wettervoraussage und Zeitangabe. * 14.05: Das Programm der Woche. * 14.20: Winke für die Landwirtschaft. * 14.30: Max Hunger: Die sächsische Verkehrswacht. * 15.00: Kinder singen für Kinder. Kinderchor der Volksschule Mannichswalde. Ltg.: E. Puhe. Dreistimmige Volkslieder. * 15.30: Joh. Schlaf liest aus eigenen Werken. (Zu seinem 70. Geburtstag am 21. Juni 1932.) * 16.00: Unterhaltungskonzert. Gmbd-Orchester. * 17.30: „Prinz Friedrich von Homburg." Von H. von Kleist. Funkbearbeitung und Regie: H. Herse. * 19.00: Klavierkonzert. Mitwirkende: Käthe Krauß und S. Wittig. * 19.30: Zeitbericht. * 19.40: Sportberichte auf Schallplatten. Redaktion: H. von Plato. * 20.20: „Die lustige Witwe." Operette in 3 Akten von V. Léon und L. Stein. Musik von F. Lehár. Musikalische Ltg.: H. Weber. Spielleitung: H. P. Schmiedel. Leipziger Sinfonieorchester. * 22.25: Nachrichtendienst. — Anschließend bis 24.00: Tanzmusik.

Montag, 20. Juni.

10.15: Weltbörsenbericht der Mirag. * 14.15: „Chronikzauber einer alten Gasse." Von M. Jungnickel. Sprecherin: Frida Schranz. * 14.30: Kunst- und Filmberichte. * 16.00: Unterhaltungskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirig.: M. Krämer. * 18.00: Stunde der Neuerscheinungen. * 18.30: Politikteratur in Lebensläufen. W. Göpel: Hermann Hesse. Sprecherin: Margarete Anton. * 19.00: Prof. Dr. A. Spamer: Volkskunde als Gegenwartswissenschaft. * 19.30: Ein Sommertag. Leipziger Sinfonieorchester. Dirig.: H. Weber. * 20.45: Vorlesung aus Miguel de Cervantes „Don Quichote". Sprecher: H. Frevberg. * 21.15: Chorkonzert. Sängerchor „Fortschritt", Leipzig-Stötteritz. Leipziger Sinfonieorchester. Ltg.: Hannes Bauer. Zeitgenössische Gesänge.

Dienstag, 21. Juni.

10.10: Aus Königsberg: Beim Leuchtturmwächter in Brüsterort. Hörbericht. Sprecher: H. G. v. d. Burchard und Lehrer Muhlack. * 14.30: Humor im Männergesang von Anno dazumal. Am Flügel: A. Simon. * 16.00: Schubertiade. Aus Schuberts Geburtshaus in Wien, anl. d. 10. Internat. Musikfestes. * 17.15: G. A. Langen: Wie sieht die amerikan. Normalehe aus? * 18.05: Frauenfunk: Erwerbslose junge Mädchen. Friedel Bauer. * 18.30: Dr. H. Becker u. Elisabeth Becker: Französisch. * 19.00: Dr. Paul Rohrbach: Die Fortschritte des Nationalismus in Asien. * 19.30: Unterhaltungskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirig.: Prof. Dr. L. Neubeck. * 20.30: „Meister Oetze." Drama von Joh. Schlaf. Hörspielbearbeitung von G. Pohl. Regie: H. Freyberg. * 21.30: Violin-Duos. Mitw.: Prof. H. Bassermann und Prof. R. Reitz. * Anschließend bis 23.00: Zur Unterhaltung.

□ **Falsche Reichsbanknoten über 50 Mark.** Von den im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 50 Mark mit dem Ausgabedatum vom 11. Oktober 1924 ist eine neue Fälschung festgestellt worden, die an nachstehenden Merkmalen zu erkennen ist: Das Papier besteht aus zwei zusammengefügten Blättchen und ist mehrfach geknifft und schmutzig getönt. Die Pflanzenfasern sind durch einige Blaustriche ersetzt. Das Wasserzeichen ist auf der Innenseite eines Blättchens durch Aufdruck vorgetäuscht. Die Vorderseite ist in der Färbung auffallend gelblicher getönt. Die Nachbildung der Rückseite fällt besonders durch ihre schmutzigfarbige Druckausführung auf. Für die Aufdeckung der Falschmünzerwerkstatt und dahin führende Angaben hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 Mark ausgesetzt.

ROMAN VON J. SCHNEIDER — **Das Schicksal spricht das letzte Wort** — URHEBER-RECHTE SCHUTZ-VERLAG FOERSTL. O. MEISTERWERDAU

(39. Fortsetzung.)

„Dies hier ist das erste Stück Land meines ursprünglichsten Besitzes," erklärte Hetterfield. „Es ist so geblieben, wie es war. Das Paradies meiner Tochter. Sie liebt es über alles." Er blieb stehen, reichte Viktor sein Zigarettenetui und gab ihm eigenhändig Feuer. Als die Glut sein Gesicht beleuchtete, sah Viktor wieder den forschenden Ausdruck in Hetterfields Gesicht. Und während dieser den silbernen Flammenspender einsteckte, sprach er: „Wir wollen uns keine Komödie vorspielen, Graf. Jefferson hat mir genauen Bericht über alles gegeben, sowohl über das, was meine Tochter, als auch über das andere, das Sie selbst anbetrifft. Ich meine über Ihre Liebesangelegenheit zu einem gewissen Fräulein Bloem. Mein Kind ist Hals über Kopf in Sie verschossen. Aber wozu eine Hoffnung nähren, die sich nie oder doch nur zum Teil erfüllen würde? Sie können meiner Tochter das nicht geben, was sie von Ihnen erwartet."

„Mister Hetterfield!"

„Lassen Sie mich aussprechen, bitte!" Der Japaner bog ein Stachelgebüsch zur Seite, um Viktor den Durchgang zu erleichtern. „Ich kenne Alice. Wenn sie mir sagt: Das ist der einzige Mann, für den ich mich erwärmen könnte, ist nichts dagegen zu machen. Und wenn eine ganze Welt dawiderspricht, sie wird es trotzdem versuchen, Sie für sich zu gewinnen. Sie ist zuweilen sehr, sehr eigenwillig, meine Tochter. Aber sie hat auch ein Herz. Und das möchte ich vor Enttäuschungen bewahren. Haben Sie irgend etwas darauf zu erwidern?"

Viktor schritt gesenkten Hauptes und entgegnete kein Wort.

„Sehen Sie," nickte Hetterfield. „Ich finde es männlich, daß Sie keinerlei Ausflüchte gebrauchen. Solch stummes Zugeständnis ist ehrenvoller, als wenn Sie mich weiß Gott wie zu überzeugen gesucht hätten, über das Warum und Wieso. Nun möchte ich aber meinem Kinde das Entsagen nicht gar zu schwer machen und habe schon vor Ihrem Eintreffen nach einem Ausweg gesucht. Ich sagte Ihnen bereits, daß ich großen Besitz auf Sumatra habe. Hätten Sie Lust, sich das Terrain anzusehen?"

Lippstädt begriff sofort: „Ich warte nur auf Ihre Order, wann ich zu gehen habe, Mister Hetterfield."

Hetterfields Hand lag plötzlich auf seinem Arm und hielt ihn zurück. „Wer sagt davon? Habe ich befohlen, Graf, daß Sie mein Haus verlassen? Ich habe Ihnen lediglich einen Vorschlag gemacht, weil ich meine, daß es so am besten ist — auch für Sie. Meine Tochter darf natürlich nichts davon zu hören bekommen. Sie tragen ihr lediglich den Wunsch vor, Sumatra kennenzulernen. Ihnen wird sie bedingungslos glauben. Wenn ich es tun würde, hätte ich sofort mit Widerstand zu rechnen. In Sumatra können Sie dann mit Ruhe über sich selbst entscheiden. Ich verlange jedoch Ihr Ehrenwort, daß Sie nicht einfach eines Tages von der Bildfläche verschwinden, sondern immer für mich erreichbar bleiben. Wollen Sie mir das versprechen?"

„Ja, Mister Hetterfield."

„Es freut mich, daß wir uns verstehen, Graf. Vorläufig schicke ich Ihnen Jefferson mit. Der kennt jeden Baum dort und kann Sie am besten orientieren. In ein paar Wochen komme ich selber nach. Ich habe mich mächtig lange nicht mehr dort umgesehen. Das macht, weil ich absolut ehrliche Verwalter habe, die mir nie Grund zur Klage geben. Dann reisen Sie also — sagen wir: Am Sonnabend!"

„Wie Sie befehlen, Mr. Hetterfield."

„Gut! Und nun kein Wort mehr darüber."

Alices weißes Kleid schimmerte durch das Astwerk. Mit raschem Griff hatte Lippstädt es zur Seite gedrängt, um ihr den Weg zu bahnen. Ihre Augen tauchten ineinander. Sie sah ein warmes Leuchten in den seinen. Eine heiße Freude durchfuhr sie.

Mit einem Scherzwort streckte sie jedem der beiden Herren eine ihrer kleinen Hände entgegen.

* * *

Sumatra glühte wie ein überhitzter Backofen. Man war kaum vier Stunden auf der Insel und schon hatte Jefferson einen Sonnenstich abbekommen. Nach achtunddreizig Stunden Aufenthalt in einem Hotel konnte man es wagen, die Reise westwärts fortzusetzen. Und dann dauerte es nochmals einen Tag und eine Nacht, bis sich die Gebirgskette auftat, die wenigstens einigermaßen Kühlung brachte.

Der Willkomm, der ihnen von dem Verwalter Hetterfields zuteil wurde, ließ an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig. Lippstädt hatte sich auf eine primitive Unterkunft gefaßt gemacht, aber der Bungalow, der ihnen zur Verfügung gestellt wurde, war reizend. Er enthielt alles, was zur Bequemlichkeit nötig war. Auch für Bedienung war mehr als reichlich gesorgt.

Jefferson bedauerte nur, daß er noch immer an den Folgen des Sonnenstiches zu leiden hatte. So konnte er in den ersten Tagen gar nicht an der Streife in die Umgebung teilnehmen. Lippstädt machte sich, von einem Eingeborenen begleitet, auf eigene Faust davon und kam am frühen Nachmittag halb geschmort und ausgehungert zurück. Das ungezwungene Leben, die Abwechslung und die weite Entfernung von jeder menschlichen Herdengesellschaft taten ihm ungemein wohl. Seine Nerven begannen sich zu beruhigen. Das erstemal seit vielen Monaten schlief er wieder eine volle Nacht, obwohl die Hitze im Bungalow geradezu drückend war, worüber Jefferson verzweifelt stöhnte.

Lippstädt konnte, ohne seinen Herzschlag beschleunigt zu fühlen, sogar an Evelin denken, wie an etwas Kostbares, das einmal sein Eigentum gewesen und nun unwiderbringlich verloren war. Auch die Affäre in Frau Ullas Atelier verblaßte zu einem Schemen. Es hatte eigentlich wohlgetan, sich einmal mit Lutz Setterholm auszusprechen zu können und den ganzen Groll von der Seele zu schütteln. Freilich, der Schlag brannte wie ein Makel, aber es war immerhin besser, daß Setterholm ihn geführt hatte, als daß er zum Angreifer an Evelins Bruder geworden wäre.

„Es ist alles gut!" dachte er zuweilen. Etwas wie völlige Wunschlosigkeit überkam ihn. Und der Bericht, den er an den Vater sandte, war geeignet, diesen in jeder Hinsicht zu beruhigen.

Tag für Tag brannte die Sonne herab. Nacht für Nacht lag Lippstädt schweißgebadet unter seinem Moskitonetz. Zuweilen wich die Ruhe einer unerklärlichen Angst. Sie überkam ihn plötzlich, wie ein Raubtier, das einen unvermittelt anspringt. Lähmend wie ein Alp saß sie ihm bald im Herzen, bald auf der Brust, selbst im Gehirn verpürte er den eigentümlichen Druck und wußte nicht zu deuten, woher das kam.

„Von der Hitze," sagte Jefferson und der englische Arzt, der zuweilen vorbeiritt und fast immer eine kurze Visite machte, knurrte etwas von Fieber und mehr Ruhe geben. Indien wolle vertragen sein. Aber die Europäer wollten es nicht glauben. Der Arzt selbst war ausgedörrt wie eine Zitrone und hatte bei seiner rechten Hand geschworen, vom nächsten Urlaub ab nicht wieder zurückzukommen. Zehn Jahre lang tat er das schon, aber er kam immer wieder. „Ein ganz verfluchtes Land," brummte er, „wie eine Geliebte, die man um jeden Preis loszuwerden sucht und wenn es darauf ankommt, doch immer wieder in die Arme schließt. Man kann einfach nicht anders."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0006

Zu neuen Wegen.

Ein Anfang in Lausanne? — Zwei neue Notverordnungen.

Es war einmal . . ., so fangen alle Märchen an. So möchte man auch anfangen, wenn man von den guten alten Vorkriegstagen spricht, wo in der Sommerhitze kein Mensch Lust hatte, sich mit Politik zu beschäftigen oder gar sich darüber zu ärgern. Ach, das alles war einmal; wird es jemals wiederkehren? Es ist kaum auszudenken. Heute ist es mit der Sommerruhe vorbei, in der Politik sowohl wie im Leben des einzelnen; die Sorgen lassen uns nicht los, wenn auch die Sonne noch so lockt. Wir sind Gefangene unseres Schicksals, und dieses Schicksal heißt: die Politik. Während die Sonne heiß vom Himmel brennt, leben wir in Ereignissen von allergrößter Tragweite, und wissen nicht, wohin wir den Blick zuerst richten sollen: auf Lausanne, wo sich der Endkampf um die Tribute abspielt, oder nach innen, wo eine neue Reichsregierung nach neuen Wegen sucht, um aus dem Tale des Elends wieder in gesunde Höhen zu kommen.

*

Was wird uns Lausanne bringen? Wer möchte nicht dem armen, geplagten deutschen Volk Hoffnungen machen, daß es endlich aus der mörderischen Tributumschlingung loskommt? Wer möchte ihm nicht sagen: Bald, bald wirst du von dem furchtbaren Druck befreit! Die Zeiten sind vorbei, in denen man — auch an verantwortlichen Stellen — sich der Täuschung hingab, Hoffnungen zu erwecken wäre besser, als dem Volk die nüchternen Tatsachen vor Augen zu stellen. Jeder Hoffnung folgte Enttäuschung, eine nach der andern, eine bitterer als die andere, so daß heute das deutsche Volk allen Konferenzen und allen damit zusammenhängenden Versprechungen größtes Mißtrauen entgegenstellt. Auch Lausanne wird eine Enttäuschung mehr bereiten, mag es so oder so ausgehen. Wir sind darauf gefaßt, daß auch jetzt wieder der ewige Friedensstörer der Welt, der Franzose, sich gegen jede bessere Einsicht stemmt und eine Verständigung noch einmal unmöglich macht. Damit kann er allerdings nichts an der Tatsache ändern, daß Deutschland weitere Tribute nicht mehr leisten kann. Diese Tatsache besteht vor der ganzen Welt, und den anderen bleibt nichts übrig, als daraus die Folgerungen zu ziehen.

Der Reichskanzler von Papen hat dies den Mächten auf der Lausanner Konferenz in eindringlichen Worten dargelegt und mit der Mahnung geschlossen: Die Zeit der Vertagungen ist jetzt endgültig vorbei! Es muß jetzt ganze Arbei geleistet werden. Daß endlich ein Schlußstrich unter den Tributstreit gemacht werden muß, hat auch der englische Ministerpräsident Macdonald in seiner Eröffnungsrede deutlich gesagt mit den Worten: Ein sofortiges Abkommen werde eine hundertfältig wohltuendere Wirkung haben als alle unvollkommenen, mühsamen und endlosen Verhandlungen, die nur weiter die allgemeine Ungeduld verschärfen können. Was Herr Macdonald allerdings noch weiter gesagt hat, klingt etwas dunkel: er meint, Verpflichtungen, die sich als undurchführbar erweisen, müßten auf dem Wege des Übereinkommens revidiert werden, dieser Tatsache müßten beide Seiten Rechnung tragen. Von einer Streichung der Tribute sprach er mit keinem Wort! Beide Seiten müssen der Tatsache Rechnung tragen! Beide Seiten, also auch Deutschland. Welchen Tatsachen aber soll Deutschland noch Rechnung tragen? Vielleicht daß der Franzose nicht auf seine Forderung verzichten will?

Deutschland hat es wahrhaftig an gutem Willen nicht fehlen lassen und hat sich abgemüht, die Tributleistungen bis zur Selbstvernichtung zu erfüllen. Niemand kann uns zumuten, Selbstmord zu begehen. Wir machen jetzt von dem einfachen menschlichen Recht der Selbsterhaltung Gebrauch. Das sind Tatsachen, die auch durch die feierlichen Verpflichtungen nicht aus der Welt geschafft werden können.

*

Während es in Lausanne darum geht, ob die Vernunft in der Weltpolitik siegt und die Völker neue Hoffnung fassen können, sind wir in Deutschland im Begriff, neue Wege auf der Suche nach Rettung zu beschreiten. So mancher wird wohl sagen: das fängt gut an, mit neuen Steuern und Lasten, mit neuen Einkommenstürzungen. Die neuen Männer aber sagen, das sei nicht der Anfang des neuen, sondern der unvermeidliche Endpunkt des alten Brüningschen Weges. Erst jetzt komme die entscheidende Wendung. Vorerst steht die neue Reichsregierung mit ihrem Glauben noch allein. Die Öffentlichkeit steht ihr teils ablehnend, teils vorsichtig abwartend und zurückhaltend gegenüber. Die jüngste Notverordnung, die Lockerung und teilweise Beseitigung der politischen Ausnahmebestimmungen gegen die Presse und die politischen Verbände, ist immerhin ein Zeichen dafür, daß der alte Kurs verlassen werden soll. Herr Brüning war schlecht beraten, als er sich in der Einschränkung der politischen Freiheit so weit treiben ließ, daß schließlich von den Freiheiten der Weimarer Verfassung nichts mehr übrigblieb. Das merkwürdige dabei war, daß er gerade von denen, die sich als die geborenen Hüter der Verfassungsrechte preisen, auf diesen falschen Weg gedrängt wurde. Hier will nun die neue Reichsregierung Wandel schaffen. Die Aufhebung der politischen Beschränkungen ist ja auch die notwendige Folgerung der Begründung, mit der der Reichspräsident den Reichstag aufgelöst hat, weil der Reichstag nicht mehr der Stimmung des Volkes entsprach. Das legte der Reichsregierung die selbstverständliche Pflicht auf, so weit als möglich alle Schranken in der politischen Lebensäußerung zu beseitigen, damit der Wille des Volkes frei und ungehindert zum Ausdruck kommen kann. Daß sie mit der Aufhebung der bisherigen Beschränkung eine schwere Verantwortung übernommen hat, darüber ist sich die neue Reichsregierung vollkommen klar, sie droht deshalb auch wiederholt in ihren Veröffentlichungen mit der Wiedereinführung der Einschränkungen für den Fall, daß es wieder zu politischen Zusammenstößen kommen sollte. Sehr zu begrüßen ist, daß die neue Notverordnung die Strafen für die politischen Roheitsdelikte noch verschärft. — Es ist nun Sache der verantwortlichen Führer der politischen Verbände und Vereine, dafür zu sorgen, daß im politischen Kampf von der gewährten Freiheit der Gebrauch gemacht wird, der eines gebildeten und gesitteten Volkes würdig ist.

Abstimmungswirrwarr in Preußen

Eine Rekorddauersitzung.

Amnestie- und Notverordnungsfragen vor dem Preußischen Landtag.

In einer siebzehnstündigen Sitzung, die mit zum Teil erregten Auseinandersetzungen angefüllt war, behandelte der Preußische Landtag vornehmlich zwei Fragen: Das Amnestiegesetz und den von verschiedenen Parteien eingebrachten Antrag auf Aufhebung der von der geschäftsführenden preußischen Regierung erlassenen Notverordnung.

Die Beratung des Amnestiegesetzes

hatte einen eigentümlichen Ausgang. Zu den verschiedenen vorgelegten Anträgen auf Amnestierung politischer Vergehen waren zahlreiche Abänderungsanträge eingegangen. Als es zur Abstimmung kam, sahen sich die Abgeordneten einem ziemlich undurchsichtigen Gestrüpp von Anträgen, Zusatzanträgen, Abänderungsanträgen usw. gegenüber. Der zur Zeit der Abstimmung amtierende sozialdemokratische Vizepräsident Bittmaack stellte zunächst einen sozialdemokratischen Abänderungsantrag zur Amnestievorlage zugunsten derjenigen zur Abstimmung, die aus wirtschaftlicher Not heraus straffällig geworden sind. Der Antrag wurde in zweiter und dritter Lesung von den Sozialdemokraten, der Staatspartei, den Kommunisten und dem Zentrum angenommen. Das Haus erwartete nun die weiteren Abstimmungen über die Amnestievorlage. Jetzt aber stellte sich erst heraus, was Bittmaack schon in einer unverständlich gebliebenen Bemerkung erklärt hatte, daß der sozialdemokratische Antrag alle übrigen Amnestievorschläge erledige. Darüber entstand im Hause große Erregung, die Sitzung wurde für längere Zeit unterbrochen, der Ältestenrat befaßte sich mit der Angelegenheit. Eine nochmalige Abstimmung über die anderen vorliegenden Amnestieanträge war jedoch nach der Geschäftsordnung nicht mehr zulässig. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten kündigten an, daß sie ihre Anträge auf politische Amnestie in der nächsten Woche erneut einbringen würden, so daß sie also nochmals zur Abstimmung kommen werden.

Die Aussprache über die Notverordnung

verlief ebenfalls sehr lebhaft. Hierbei kam es zu einem scharfen Wortgefecht zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum.

Schließlich wurde der kommunistische Antrag auf Aufhebung der preußischen Notverordnung mit 243 Stimmen aller Parteien, außer Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, angenommen. Der gleichlautende deutschnationale Antrag war damit erledigt.

Die nächste Sitzung des Landtages ist auf Mittwoch, den 22. Juni anberaumt worden. Es soll dann außer der endgültigen Wahl des Landtagspräsidiums und der Wahl des Ministerpräsidenten die Beratung der neueingebrachten Amnestiegesetzentwürfe in allen drei Lesungen stattfinden.

Das geschäftsführende preußische Staatsministerium steht zu der vom Preußischen Landtag beschlossenen Aufhebung der preußischen Notverordnung auf dem Standpunkt, daß der Landtag diese Notverordnung überhaupt nicht aufheben könne, weil sie sich auf eine Ermächtigung des Reichspräsidenten (Reichsnotverordnung zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Finanzen) stütze. Der Landtag könne die Notverordnung erst dann zu Fall bringen, wenn er ein förmliches Gesetz in allen drei Lesungen annehme. Dieses Gesetz müsse dann dem Staatsrat zugeleitet werden, der es voraussichtlich ablehnen werde. Dann würde das Gesetz vom Landtag nur mit Zweidrittelmehrheit rechtsgültig gemacht werden können.

Überdies hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, nach dem der Landtag beschließen solle, geeignete Maßnahmen zu treffen, die einen Ausgleich des Etats und Erfüllung der notwendigen Staatsausgaben gewährleisten und damit die zum Ausgleich des Etats erlassene preußische Verordnung entbehrlich machen.

Abg. **Leinert** (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im Ältestenrat nicht jede politische Amnestie abgelehnt. Das Gesetz würde übrigens nur nach Annahme im Staatsrat gültig, so daß keine wesentliche Verzögerung einträte, wenn es erst in einer Woche erledigt wird.

Abg. **Borck** (Dtn.) schließt sich dem nationalsozialistischen Antrag zur Wiederholung der Abstimmung an.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung, an der sich die Abgg. **Freiesler, Leinert, Kube, Koenen** beteiligen, stellt

Präsident **Kerrl** fest, daß nach dem Beschluß des Ältestenrates eine Wiederholung der Abstimmung nicht möglich sei. Er fragt, ob gegen die Wiederholung der Abstimmung Widerspruch erhoben wird.

Die Sozialdemokraten widersprechen.

Hierauf brachten die Nationalsozialisten, die Kommunisten und die Deutschnationalen ihre Amnestieanträge erneut ein und forderten ihre sofortige Beratung.

Die Sozialdemokraten wandten sich auch gegen diese Anträge.

Die Deutschnationalen wiesen darauf hin, daß der von ihnen eingebrachte Antrag die Roheitsdelikte nicht amnestieren wolle und daher einer sofortigen Beratung dieses Antrages doch nichts im Wege stände. Als die Sozialdemokraten dagegen geltend machten, daß der Inhalt des Antrages von ihnen genau geprüft werden müßte, und dies jetzt nicht möglich sei, da der Antrag noch nicht vervielfältigt vorliege, wurde auf deutschnationalen Antrag hin die

Sitzung erneut unterbrochen,

damit der deutschnationale Antrag sofort vervielfältigt und der sozialdemokratischen Fraktion zur Kenntnis gebracht werden könne.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung.

Abg. **Borck** (Dtn.) bedauert, daß nur der deutschnationale Antrag gedruckt vorliege und ersucht diesen Antrag sofort auf die Tagesordnung zu stellen.

Abg. **Heilmann** (Soz.) kann auch nach Überprüfung des deutschnationalen Antrages diesem nicht zustimmen, beantragt aber im Namen seiner Fraktion:

der Justizminister möge ersucht werden, sofort einen Antrag auf Strafunterbrechung bzw. Strafausschub für politische Gefangene eintreten zu lassen, deren Straftaten weder nach ihrem Inhalt noch nach ihren Folgen als besonders verwerflich erscheinen. In gleicher Weise soll auch in Disziplinarsachen verfahren werden.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. **Steger** (Ztr.) erklärt, seine Fraktion würde einen ihren Wünschen entsprechenden Amnestieantrag unterstützen.

Abg. **Koenen** (Komm.): Die Amnestie wird zum Gegenstand kleinlichen politischen Gezänkes.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen den Abg. Steger.

Die Notverordnung im Preußischen Landtag.

Einem deutschnationalen Antrag entsprechend tritt das Haus in die Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag ein.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) wendet sich in außerordentlich scharfer Weise gegen das Zentrum, das grundsätzlich lieber mit Atheisten und Juden als mit Deutschen und Christen regiere. Es seien die Koalitionsparteien gewesen, die in den letzten dreizehn Jahren die Politisierung der Justiz herbeigeführt und die Erbitterung im Volke verstärkt hätten. Das Zentrum irre, wenn es glaube, daß Koalitionsmöglichkeiten die Nationalsozialisten veranlassen könnten, irgendwelche Zurückhaltung zu üben. Redner wendet sich schärfstens gegen die Ausführungen des bayerischen Staatsrates Schäffer und das Zentrum wegen elementarer Gefährdung der Reichseinheit.

Abg. **Suhr** (Komm.) greift die Sozialdemokraten und die Rechtsprechung an, die nur das Eigentumsrecht der Kapitalisten verteidigen.

Sehen Sie sich einmal eine gebrauchte Henko-Lösung an!

In Henko Bleich-Soda haben Sie das Mittel, das der Wäsche allein durch Einweichen Schmutz und Flecken entzieht. Das Einweichen mit Henko ist eine Ausgabe von nur wenigen Pfennigen und diese geringe Ausgabe erspart es Ihnen, sich selbst mit mühseligem Vorwaschen der Wäsche abquälen zu müssen. Nehmen Sie immer zum Wäscheeinweichen die seit über 50 Jahren bewährte

Auch zum Weichmachen des Wassers wie zum Scheuern und Putzen bestens bewährt

Henko

Henkel's Wasch-und Bleich-Soda

Auch zum Weichmachen des Wassers wie zum Scheuern und Putzen bestens bewährt

H 102/39 b

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkel's

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0007

Durch die Annahme eines deutschnationalen Änderungsantrages wird es den Sozialdemokraten unmöglich gemacht, für ihren eigenen Antrag zu stimmen. Der von Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten angenommene Ergänzungsantrag besagt nämlich, daß die Sozialdemokraten die Schuld an der Verzögerung der Amnestie hätten.

Der ursprüngliche Antrag der Sozialdemokraten wird durch eine andere Mehrheit mit der von den Deutschnationalen beantragten Ergänzung gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt nunmehr die Aussprache über die Anträge: Aufhebung der Notverordnung.

Finanzminister Dr. Klepper

betont, finanzwirtschaftlich gesehen zeige sich eine grundsätzliche Übereinstimmung in den Notverordnungen von Reich und Preußen, namentlich der Grundsatz der Deckung der Staatsausgaben durch echte Einnahmen im Hinblick auf die Stabilität der Währung. Er werde niemals seine Hand zu einer Finanzpolitik bieten, die den Staatsbedarf mit der Notenpresse decke. Diese Auffassung finde sich in den preußischen Notverordnungen.

Der Minister gab dann einen Rückblick auf die bei dem Preußenhaushalt geführten Verhandlungen. Er kam zu dem Schluß, daß während seiner Amtszeit ein Gesamtersparnis von 425 Millionen gegenüber dem Vorjahr erzielt wurde, was alle Maßnahmen ähnlicher Art in Reich, Ländern und Gemeinden übertreffe. Man wird die fehlenden 100 Millonen nur durch neue Einnahmen decken können. Die Verbraucher dürften aber nicht nennenswert getroffen werden.

Auch wirtschaftspolitische Fragen eingehend, sagte er u. a.: Die Entschlossenheit, die künftige Führung in dem Kampf um die internationale Verständigung zu übernehmen, ist die Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik. Leider lassen die programmatischen Erklärungen der Reichsregierung eine wirtschaftspolitische Linie dieser Art vermissen. Es wird zur Pflicht, binnenwirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, um die Auswirkungen der Krise zu mildern. Dazu gehört die Verkürzung der Arbeitszeit. Daß auch in dieser Hinsicht die Notverordnung der Reichsregierung nichts erfüllt, ist um so bedauerlicher, als durch Arbeitszeitverkürzung eine nennenswerte Verminderung des öffentlichen Aufwandes für die Erwerbslosenfürsorge zu erreichen wäre. Man wird auch befürchten müssen, daß in der Frage der ländlichen Siedlung nicht das geschieht, was die frühere Reichsregierung in richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge vorbereitet hatte.

Die Staatsregierung werde im übrigen dafür sorgen, daß Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet werden. Nur so ist es möglich, die Bahn freizuhalten für das, was allein die Entspannung bringen kann, nämlich eine wirkliche Konzentration aller nationalen Kraft.

Als erster Redner spricht Kasper (Komm.) und fordert die Aufhebung der Notverordnung.

Der finanzpolitische Inhalt der Notverordnung.

Staatssekretär Zarden spricht im Rundfunk.

Für den in Lausanne weilenden Reichsfinanzminister sprach der neue Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zarden im Rundfunk über den finanzpolitischen Inhalt der Notverordnung.

Er gab noch einmal die schon in der amtlichen Erklärung zur Notverordnung enthaltenen Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten von Reich, Ländern und Gemeinden sowie über die neuen Steuern. Eingangs betonte er, daß zur Durchführung einer sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Reform trotz gebotener Eile ein wenn auch nur knapp bemessener Zeitanlauf gehöre. Die Reichsregierung habe, um in der Zwischenzeit

ein finanzielles Chaos zu verhindern,

sofort Maßnahmen zur Sicherung der Kassenlage für Reich, Länder und Gemeinden für die nächste Zeit ergreifen müssen. Diesem Ziele diene der finanzpolitische Inhalt der Notverordnung.

Am Schluß führte der Staatssekretär aus: „Ich bin in einer Pressebesprechung gefragt worden, worin denn gegenüber der angekündigten letzten Notverordnung der Regierung Brüning hier eine Verbesserung läge. Das läßt sich natürlich nicht feststellen. Aber eine solche Frage geht m. E. auch an dem Kernpunkt der Sache vorbei. Der Herr Reichskanzler hat den Pressevertretern in Lausanne erklärt, daß der Zusammenbruch der öffentlichen Hand den Zusammenbruch der gesamten deutschen Wirtschaft nach sich ziehen müsse. Vor einem derartigen Ende müsse das Volk aber auf alle Fälle bewahrt bleiben. Diese Tatsache muß sich jeder einzelne vor Augen halten. Nur unter diesem großen Gesichtspunkt darf die neue Notverordnung gewertet werden."

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl über die politische Notverordnung.

In der Reihe der Rundfunkvorträge in der Stunde der Reichsregierung sprach am Freitag Reichsinnenminister Freiherr von Gayl über die neue politische Notverordnung und über die Aufhebung des Verbots der politischen Verbände. Einleitend kündigt er an, daß der heutige Vortrag zunächst ein abschließender sei, denn die Reichsregierung werde erst wieder im Rundfunk sprechen, wenn sie etwas Wichtiges mitzuteilen und zu erläutern haben wird.

Einleitend betonte der Reichsinnenminister, daß die politischen Kämpfe in Deutschland seit einer Reihe von Jahren die Bestimmungen gegen politische Ausschreitungen notwendig gemacht hätten. Die bisher geltenden haben sich jedoch vielfach gegen verschiedene Gruppen und Verbände ausgewirkt, wodurch ein sehr großer Teil unseres Volkes sich in der Kundgebung seines politischen Willens behindert fühlte. Dieser Zustand wurde mit Recht von Millionen Deutscher bitter empfunden, und die neue Notverordnung wollte ihn endlich beseitigen. Jeder Deutsche soll im Rahmen der Gesetze sich politisch möglichst frei betätigen können. Wir wollen weiter, daß keine Partei jetzt zu Beginn des Wahlkampfes sich mehr behindert fühlen soll, als die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung es zwingend erfordern.

Darum hat sich die Reichsregierung einstimmig entschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten eine neue Notverordnung vorzulegen, in der eine Reihe von bestehenden Vorschriften über Versammlungen, Umzüge, über die politischen Verbände nunmehr gegenstandslos geworden sind. Die Verordnung selbst ist durch die Tageszeitungen bekannt.

Die Bestimmungen über die Presse wurden zum Teil wesentlich gemildert; die Presse hat jedoch die Pflicht, **sich vorher zu überlegen, ob ein Artikel oder eine Nachricht** dem deutschen Volke frommt oder nicht. Der Minister hoffe, daß der Regierung kein Anlaß zu Verboten gegeben werde. Der Regierung wird es vielfach zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht sofort gegen Zeitungen eingeschritten ist, durch die sie leider tatsächlich und gröblich beschimpft wurde. Die Regierung wolle aber zuerst einmal volle Freiheit lassen und selbst sehen, wie die Dinge sich entwickeln werden, und weil in der neuen Verordnung alle Verbote mit einem Schlag aufgehoben wurden.

Ein neuer Zeitabschnitt soll beginnen.

Wer fortan den Anstand außeracht läßt, den jede ordnungs- und verfassungsmäßige Regierung verlangen muß, wird die neue Notverordnung fühlen. Wir wollen nicht kleinlich sein, wenn in der Hitze des Wahlkampfes einmal scharfe Worte fallen. Die Regierung ist aber zur Wahrung der Staatsautorität entschlossen, und wird grobe Beschimpfungen durch sofortige Verbote beantworten.

Die politischen Verbände,

deren Mitglieder in geschlossener Ordnung aufzutreten pflegen, werden nunmehr wieder gestattet. Wer zu diesen Verbänden gehört, bestimmt der Reichsinnenminister allein, der auch im Falle der Zuwiderhandlung das Recht zur Auflösung hat. Es können somit die SS. und Sa. wieder aufleben und sich ebenso wie alle anderen auf der Grundlage der Verfassung und der Staatsordnung stehenden Verbände wieder betätigen. Das war ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, den ein überparteiliches Kabinett ausführen mußte.

Weiter verboten bleiben die auf Grund des Republikschutzgesetzes verbotenen Organisationen, die sich bewußt gegen die Staatsordnung stellen — die Kommunisten.

Auch das Verbot des Tragens einheitlicher Kleidung ist gefallen. In der Öffentlichkeit sind scharfe Bedenken gegen diese Neuordnung, besonders gegen die Aufhebung des Uniformtragens geäußert worden. Man befürchtet Zusammenstöße und weist besorgt auf die Folgen hin. Auch bei einigen Länderregierungen bestehen ernste Bedenken, die die Reichsregierung erwogen hat. Der Reichspräsident und die Reichsregierung stehen aber auf dem Standpunkt, den der Reichspräsident v. Hindenburg in seinem Begleitbriefe mitgeteilt hat. Reichsinnenminister von Gayl verliest nochmals das bekannte Schreiben des Reichspräsidenten und schließt seine Ausführungen:

Jeder Deutsche kann es deutlich erkennen, daß die Reichsregierung, wenn wider Erwarten Ruhe und Ordnung gestört werden, nicht zögern wird und entschlossen ist, die gewährten Freiheiten wieder einzuschränken. Ich richte an alle Deutschen die Bitte und die ernste Mahnung, auch im Wahlkampf die notwendige Achtung vor der Person des politischen Gegners niemals zu vergessen. Wir sind ein auf hoher Stufe stehendes gesittetes Volk und wollen es bleiben! Wenn wir auf der einen Seite Freiheiten wiedergegeben haben, so wollen wir, daß nach der neuen Verordnung jeder, der im politischen Kampf sich so weit vergißt, den Gegner leicht oder schwer zu verletzen, **mit der größten Schärfe bestraft werde.**

Es ist die Frage aufgetaucht, ob die Landesregierungen das Recht haben, Verbote zu erlassen. Was in der Verordnung reichsrechtlich geregelt ist, die Zulassung der politischen Organisationen, ist zwangsweise Reichsrecht und nicht nach altem Recht bestehendes Landesrecht. In die Pflichten und Rechte der Länder, der Störung der Ruhe und der Ordnung vorzubeugen, will und darf die Verordnung nicht eingreifen.

Wenn die Länder auf Grund der Reichsverfassung 123a Versammlungen unter freiem Himmel glauben verbieten zu müssen, so bleibt das ihr Recht. Eine solche Anordnung kann der Reichsinnenminister nicht aufheben. Wer sich von solchen Anordnungen beschwert fühlt, kann gegen sie nach Landesrecht die gegebenen Rechtsmittel anwenden.

Möge das deutsche Volk von dieser neuen Ordnung einen weisen Gebrauch machen und sich dessen bewußt sein, daß wiedergegebener Freiheit die Pflicht gegenübersteht, alle politischen Auseinandersetzungen in ruhigen und sachlichen Formen zu führen.

Der Reichslandbund zur Siedlungsfrage.

Der aus allen Teilen des Reiches beschickte Siedlungsausschuß des Reichslandbundes faßte unter Vorsitz des Präsidenten Lind und im Beisein des Präsidiums eine Entschließung zur Siedlungsfrage, die u. a. folgende Punkte enthält.

Der Reichslandbund und der Reichsjunglandbund bekennen sich erneut einmütig zu dem Gedanken der ländlichen Siedlung. Keine Siedlung sei jedoch dauernd lebensfähig, wenn nicht die Rentabilität der Landwirtschaft wiederhergestellt wird. Der Reichslandbund verlangt eine seiner Bedeutung entsprechende Einschaltung in die Entscheidungen des Siedlungswesens, insbesondere auch bei der Deutschen Siedlungsbank.

Die bisherigen Besitzer hätten ebenso wie die Landarbeiter, Angestellten und Pächter einen Anspruch darauf, angesiedelt zu werden. Restgüter seien überall dort zu bilden, wo dies siedlungstechnisch vertretbar ist.

Die Sanierung der Altsiedler, einschließlich der Flüchtlingssiedler, müsse in durchgreifender Weise erfolgen, weil sonst die große Gefahr bestehe, daß die aus der notwendigen organischen Verbindung zwischen Siedlung und Osthilfe sich ergebenden großen Aufgaben der kommenden Siedlung nicht durchgeführt werden können.

Vorbesprechung für das 11. Deutsche Sängerbundesfest.

Die volksdeutsche Bedeutung des Festes.

In den Tagen vom 21. bis 24. Juli wird der im September 1682 zu Koburg gegründete Deutsche Sängerbund in Frankfurt a. M. sein 11. Deutsches Sängerbundesfest, das als große volksdeutsche Kundgebung gedacht ist, veranstalten. Aus allen Randstaaten, aus Dänemark, Belgien, Polen, den baltischen Staaten, aus Ungarn, Italien und aus Österreich und Danzig werden deutsche Sänger in Frankfurt erwartet. Sogar aus Nordamerika und den ehemaligen Deutschen Kolonien werden Vertreter deutscher Sängergruppen kommen, um davon zu zeugen, daß

das deutsche Volkslied eines der stärksten Bindeglieder

zwischen dem Vaterlande und der neuen Heimat ist. In einer Besprechung, die dieser Tage stattfand, **wies der** zweite Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Rektor Brauner, auf die volksdeutsche Bedeutung der Deutschen Sängerbundesfeste hin. Er freue sich, sagte er, mitteilen zu können, daß

die Zelterfche Liedertafel

dadurch, daß sie in Frankfurt ehrenhalber in den Deutschen Sängerbund aufgenommen werden solle, eine Auszeichnung erwarte, die der Bund bisher noch niemals verliehen habe, weil das seiner Art nicht entspreche. Abgeordneter Hasselblatt-Reval, der Vorsitzende der Deutschen Sängergruppen in den baltischen Ländern, wies darauf hin, daß die deutschen Sangesbrüder, die nicht im Reiche zu wohnen das Glück hätten, in der Pflege des deutschen Volksliedes eine der schönsten Erinnerungen an ihre Heimat gefunden hätten.

Das Sängerbundesfest sieht als Hauptveranstaltung eine volksdeutsche Weihestunde vor, die am 22. Juli stattfinden soll. Es werden dort außer dem Vorsitzenden des Sängerbundes Vertreter deutscher Sängergruppen in den Vereinigten Staaten, den abgetrennten deutschen Gebieten und Reichsminister a. D. Geßler sprechen. Als Abschluß des Sängerfestes wird am 24. Juli ein großer Festumzug durch die Stadt Frankfurt veranstaltet werden.

Sechs Jahre Kerker für Matuschka.

Urteil im Eisenbahnattentäter-Prozeß.

Die ärztlichen Sachverständigen erklärten in ihren Gutachten übereinstimmend, daß Matuschka ein vollkommen gesunder Simulant sei; bei den angeblichen Geisteserscheinungen handele es sich nicht um Halluzinationen. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, die Triebfeder bei den Taten Matuschkas seien großes materielles Interesse und unleugbare Sensationsgier gewesen.

Der Verteidiger Dr. Grauaug führte aus, daß man Matuschkas Tat nur mit Geisteskrankheit erklären könne. Der Gerichtshof zog sich darauf zur Urteilsverkündung zurück.

Nach kurzer Beratung verkündete der Gerichtshof das Urteil.

Matuschka erhält sechs Jahre schweren Kerker,

verschärft durch einen Fasttag und hartes Lager an jedem 31. Dezember und 30. Januar. Nach abgebüßter Strafe wird er des Landes verwiesen.

Außerdem hat er die Prozeßkosten zu ersetzen und Schadensersatz in Höhe von 4199 Schilling 72 Groschen an die Österreichische Bundesbahn zu leisten. Die Untersuchungshaft wird vom 7. Oktober 1931 an eingerechnet.

Die Urteilsbegründung.

Zur Begründung erklärt der Vorsitzende u. a.: Matuschka habe seine Handlungen zweifellos vorsätzlich verübt. Er selbst habe zugegeben, daß es ihm auf zwei bis drei Tote nicht angekommen sei. Das Ungeheuerliche seiner Tat verleite zur Annahme einer Unzurechnungsfähigkeit, doch widerspreche dem das klare und eindeutige Gutachten der Sachverständigen. Das Motiv seiner Taten sei zweifellos ein materielles. Er habe durch seine Anschläge die Eisenbahnen veranlassen wollen, seine Erfindung zur Verhütung von Eisenbahnunfällen zu kaufen.

Die Verteidigung meldete Nichtigkeitsbeschwerde an und verzichtete auf Berufung.

Freilassung der im Bombenlegerprozeß Verurteilten.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist gemäß dem Beschluß des Landtages alsbald angeordnet worden, daß die in den Strafsachen gegen Claus Heim und Genossen und gegen Hellmann und Genossen verurteilten und in Strafhaft befindlichen Personen sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Es handelt sich um die im Großen Bombenlegerprozeß Verurteilten Heim, Schmidt, Johnsen, Hennings, Vieck, Luhmann und Becker sowie die im Kleinen Bombenlegerprozeß Verurteilten Dr. Hellmann und Oberleutnant von Wilamowitz-Möllendorff.

Der Kleine Bombenlegerprozeß wurde in der ersten Dezemberhälfte 1930 geführt und endete mit der Verurteilung der Hauptangeklagten zu hohen Zuchthausstrafen. Zur Verhandlung standen Sprengstoffanschläge in Bad Oldesloe und Neumünster. Der Große Bombenlegerprozeß wurde im Oktober 1930 in Altona gegen einundzwanzig Angeklagte geführt, von denen siebzehn zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Es ging in diesem Prozeß um die Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg. In beiden Fällen sollten die Anschläge, bei denen keine Person zu Schaden gekommen ist, gegen die Tributpolitik demonstrieren und vor allem die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Not der Landwirtschaft lenken.

Siegreiche Gegenrevolution in Chile.

Bildung eines neuen Direktoriums.

Gegen die sozialistisch eingestellte Regierung in Chile, die vor kurzem durch einen revolutionären Streich die Macht an sich gerissen hatte, ist eine erfolgreiche Gegenbewegung ausgebrochen. Die Aufstandsbewegung, die sich besonders gegen den extrem-radikalen Fliegeroberesten Grove richtet, hat ihren Ausgang vom Kriegsministerium genommen.

Bei der neuen Bewegung scheint der frühere Diktator Ibanez seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Ein neues Direktorium ist bereits gebildet, das aus Carlos Davila, Pedro Carbenos und Alberto Cabero besteht. Man rechnet damit, daß Ibanez selbst, der kürzlich in der argentinischen Stadt Mendoza war, inzwischen bereits nach Santiago abgereist ist, wo ihm ohne Zweifel eine führende Stellung von dem neuen Direktorium zugedacht ist.

Das neue Direktorium hat bereits eine Proklamation erlassen, in der erklärt wird, daß es sich um eine patriotische Bewegung handle, die in scharfem Gegensatz zur Dritten Internationale stehe. Sie wolle die Sozialisierung auf gesetzlichem Wege durchführen. Das Privateigentum der einzelnen Bürger bleibe gesichert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0008

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg, im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 73. **Sonnabend, den 18. Juni 1932.** **35. Jahrg.**

Erklärung der Gläubigermächte in Lausanne

Aufschub der Zahlungen bis Konferenzende — Deutschland begründet sein „Nein!"

Vorgefechte in Lausanne.

Keine Tributzahlung während der Konferenz.

In einer plötzlich einberufenen öffentlichen Sitzung der Volkkonferenz in Lausanne teilte Macdonald mit, daß in letzter Stunde eine Einigung zwischen den Mächten über eine vorläufige Regelung der Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz zustandegekommen sei. Die Erklärung Macdonalds hatte folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Regierungen, tief durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, sowie von der Dringlichkeit der Probleme, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tief überzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß — um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen — die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden, während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden. Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen.

Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unterzeichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechend dieser Regelung zu handeln; sie ersuchen die übrigen Gläubigerregierungen, die gleiche Haltung einzunehmen."

Die Erklärung ist unterzeichnet von England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan.

Reichskanzler von Papen

gab darauf folgende Erklärung ab: „Ich habe von der Erklärung des englischen Ministerpräsidenten Macdonald mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der diese Erklärung entsprungen ist, wohl zu würdigen.

Diese Erklärung ist ein sichtbarer Beweis für den besten Willen der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen, die die heutige Lage erfordert. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den hier vertretenen Völkern und der Weltöffentlichkeit im gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnungen enttäuscht würden."

*

In einer ersten Meldung aus Lausanne war eine Fassung der Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald berichtet worden, die von einer „unbefristeten Verlängerung des Hoover-Moratoriums" sprach. Diese sehr weitgehende Mitteilung wurde dann durch das Bekanntwerden des Wortlauts der Erklärung Macdonalds bedeutend zurückgebremst auf ihre tatsächlich eingeschränktere Bedeutung, die auch durch die Erklärung des Reichskanzlers unterstrichen wird. Der Aufschub der deutschen Reparationszahlungen für die Dauer der Lausanner Konferenz bedeutet eigentlich eine gewisse Selbstverständlichkeit, denn für die Verhandlungen mußte als Basis ein gewisser feststehender Zustand angenommen werden. Die Verhandlungsgrundlage mußte sich aber ständig verschieben durch während der Dauer der Lausanner Konferenz erfolgende Zahlung oder wahrscheinlich Nichtzahlung fälliger Schuldenraten. Der Aufschub soll, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, nicht nur für die Dauer der Lausanner Vollkonferenz gelten, sondern auch für die Zeit, in der eventuell eingesetzte Ausschüsse weiterarbeiten, um gegebenenfalls vorbereitendes Material zu beschaffen für die dann in Aussicht genommene große Weltkrisenkonferenz, die unter Beitritt von Amerika in London stattfinden soll.

Die Bedeutung der Erklärung Macdonalds liegt vor allem, wie es auch der Reichskanzler betont, in der Kundgebung der Gläubigermächte, daß sie den besten Willen haben, die Arbeiten der Konferenz zu einer endgültigen Regelung zu führen. Dieser Wille, wenn er wirklich auf allen Seiten aufrichtig ist, deckt sich mit den von der Reichsregierung für ihre Bestrebungen aufgestellten Grundsätzen.

*

Der Reichskanzler spricht.

Reichskanzler von Papen legte in der geheimen Vollsitzung der Tributkonferenz in einer großen, allgemein mit Spannung erwarteten Rede den Standpunkt der deutschen Regierung zur Tributfrage dar. Der Reichskanzler ging zunächst kurz auf die Bemerkungen ein, die der englische Ministerpräsident Macdonald in seiner Eröffnungsrede hinsichtlich der bestehenden Abmachungen gemacht hatte. Er erklärte, daß es sich auf dieser Konferenz nicht darum handele, die Reparationsfrage unter juristischen Gesichtspunkten zu erörtern. Es bedürfe daher nicht der Feststellung und werde auch von niemandem geleugnet, daß die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet worden seien. Es komme jetzt allein darauf an, die heute gegebenen Tatsachen ins Auge zu fassen und die unabweisbaren Folgerungen daraus zu ziehen.

Der Reichskanzler behandelte sodann die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Jahre 1929, der Zeit der Aufstellung des Young-Planes. Er schilderte den Sturz aus dem blühenden Optimismus von damals in den

Pessimismus und die Verzweiflung von heute.

Nichts von den damaligen Verheißungen habe sich erfüllt. Durch die Arbeitslosigkeit seien gerade in den stärker industrialisierten Ländern soziale Spannungen erzeugt worden, die zu einer immer größeren Gefahr für die Weltordnung und die kulturellen Errungenschaften eines Jahrtausends geworden seien.

Eine Anzahl von Staaten habe sich schon gezwungen gesehen, die Zahlungen nach dem Auslande einzustellen. Das sei eine ernste Mahnung, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß nicht große Länder in die gleiche Lage kämen, wodurch die Weltkrise eine unübersichtliche Erschwerung erfahren würde.

Die jetzige Krise des Güteraustausches sei überdeckt von einer zweiten Krise, nämlich von einer

Kreditkrise von nie gekannter Ausdehnung.

Ihre wichtigste Ursache liege in der internationalen, öffentlichen Verschuldung und in den wirtschaftswidrigen, politischen Zahlungen. Die Krise des Güteraustausches könne nicht überwunden werden, wenn nicht die Krise des Kredits überwunden werde, und diese könne wiederum nicht überwunden werden, wenn nicht ihre besonderen Ursachen radikal beseitigt würden. Im Anschluß an diese Darlegungen über die allgemeine Weltkrise ging der Reichskanzler ausführlich auf

die Lage in Deutschland

ein. Die Arbeitslosigkeit sei in Deutschland größer als in irgendeinem anderen Lande, und besonders verhängnisvoll sei dabei, daß ein immer größerer Teil der heranwachsenden Jugend keine Hoffnung habe, zu Arbeit und Verdienst zu kommen. Verzweiflung und politische Radikalisierung seien die Folge. Der Reichskanzler wandte sich dann den Einzelheiten des Reparationsproblems zu. Er kritisierte, daß

die Atempause, die Präsident Hoover

seinerzeit mit seiner Aktion beabsichtigt habe, ungenützt verstrichen sei, und daß man die dringenden Empfehlungen der Sachverständigenausschüsse bis jetzt unbeachtet gelassen habe. Die Auslandsverschuldung Deutschlands mit ihren hohen Zinsen sei zum weitaus größten Teil auf die Substanzübertragung und Kapitalentziehung zurückzuführen, die sich aus den bisherigen Reparationsleistungen ergaben. So habe der beratende Sonderausschuß festgestellt, daß von den 18 Milliarden Mark, die Deutschland nach der Stabilisierung der Mark vom Auslande entliehen habe, mehr als 10 Milliarden allein

durch die baren Reparationszahlungen wieder ins Ausland zurückgeflossen

seien. Die Höhe der bisherigen deutschen Leistungen müsse nach ihrem wirklichen Wert veranschlagt werden, nicht nach dem Empfangswert, den sie für die empfangenden Länder gehabt haben.

Das Angebot von Gütern im Werte von Milliarden habe natürlich zu einer unwirtschaftlichen Verwendung im Empfangslande geführt, so daß der Nutzen des Empfanges viel kleiner gewesen sei als die Höhe des Verlustes für Deutschland. Hier liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationssystems. Wenn man den Wert der deutschen Reparationsleistungen nach ihrem wirklichen Wert veranschlage, so komme man zu unvorstellbar großen Zahlen.

Es sei eine völlig irrige Auffassung, daß Deutschland zu einem übermächtigen Konkurrenten für andere Länder werden würde, wenn es von seinen politischen Schulden befreit würde.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Die Erfahrungen der letzten Jahre können nur dahin zusammengefaßt werden: Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schädlich erwiesen. Diese Erfahrungen schließen die Möglichkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu machen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg wie die bisherigen Versuche führen müßte. Die Reparationen waren ursprünglich für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen hat ihre Wirkung sich in das Gegenteil verkehrt.

Sie [illegible] erstören.
[illegible] unde ist,
den [illegible] z zu richten.
Die [illegible] hab haben
wir i[illegible] gemacht, die
leben [illegible] zusammen-
zufas[illegible] haupt die
Leb[illegible] Zeit der
klei[illegible] ertragungen,
ist e[illegible] eit geleistet
werd[illegible] gabe dieser
Kon[illegible] en Circulus
vitio[illegible] szukommen
und [illegible] arbeit frei-
zum[illegible] ukunft ent-
gege[illegible]

[illegible] uten.
[illegible] Herriot
gab [illegible] chen Reichs-
kanz[illegible] e: Die fran-
zösi[illegible] en Inter-
ess[illegible] m deutschen
Volk[illegible] Interesse
und [illegible] französische
Reg[illegible] Erklärung
des [illegible] Achtung
der [illegible] Grundlage
der [illegible] nden Zeiten
bild[illegible]

[illegible] ht
müsse für die Konferenz Gesetz und allgemeine Regel sein. Die französische Regierung nehme die Schlußfolgerung des Berichtes an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands im weiten Umfange die Ursache der wachsenden Lähmung der Kredite in der Welt sei und daß ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen notwendig sei. Die französische Regierung stelle fest, daß die Lausanner Konferenz bereits den Grundsatz der „universellen Regelung" angenommen habe und Europa nicht allein vorgehen könne.

Der Baseler Sachverständigenbericht besage, daß Deutschland bestimmt eines Tages sein wirtschaftliches Gleichgewicht wieder finden werde. Aus diesem Grunde könne für eine dauerhafte Regelung weder von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Wohlstandes, noch von einer Zeitspanne außergewöhnlichen Daniederliegens ausgegangen werden.

Nach Auffassung der französischen Regierung sei das Reparationsproblem nicht lediglich eine deutsch-französische Frage. Die Streichung der Reparationen würde zahlreiche Länder treffen. Das Reparationsproblem werfe das Gesamtproblem der europäischen Wirtschaft auf. Deutschland könne allein zweifellos nicht der allgemeinen Krise widerstehen. Notwendig sei die allgemeine Wiederherstellung Europas. Frankreich fordere jetzt nur einen allgemeinen Plan, ohne den seinigen aufdrängen zu wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719320618-11/fragment/page=0009